DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen



AUF DEM MARSCH NACH OSTEN

REP IN DER DDR

5. Ausgabe
Februar 1990
2,- Mark

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postscheckkonto
Nr. 4455 86-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Herausgeber: Dirk Addicks, Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

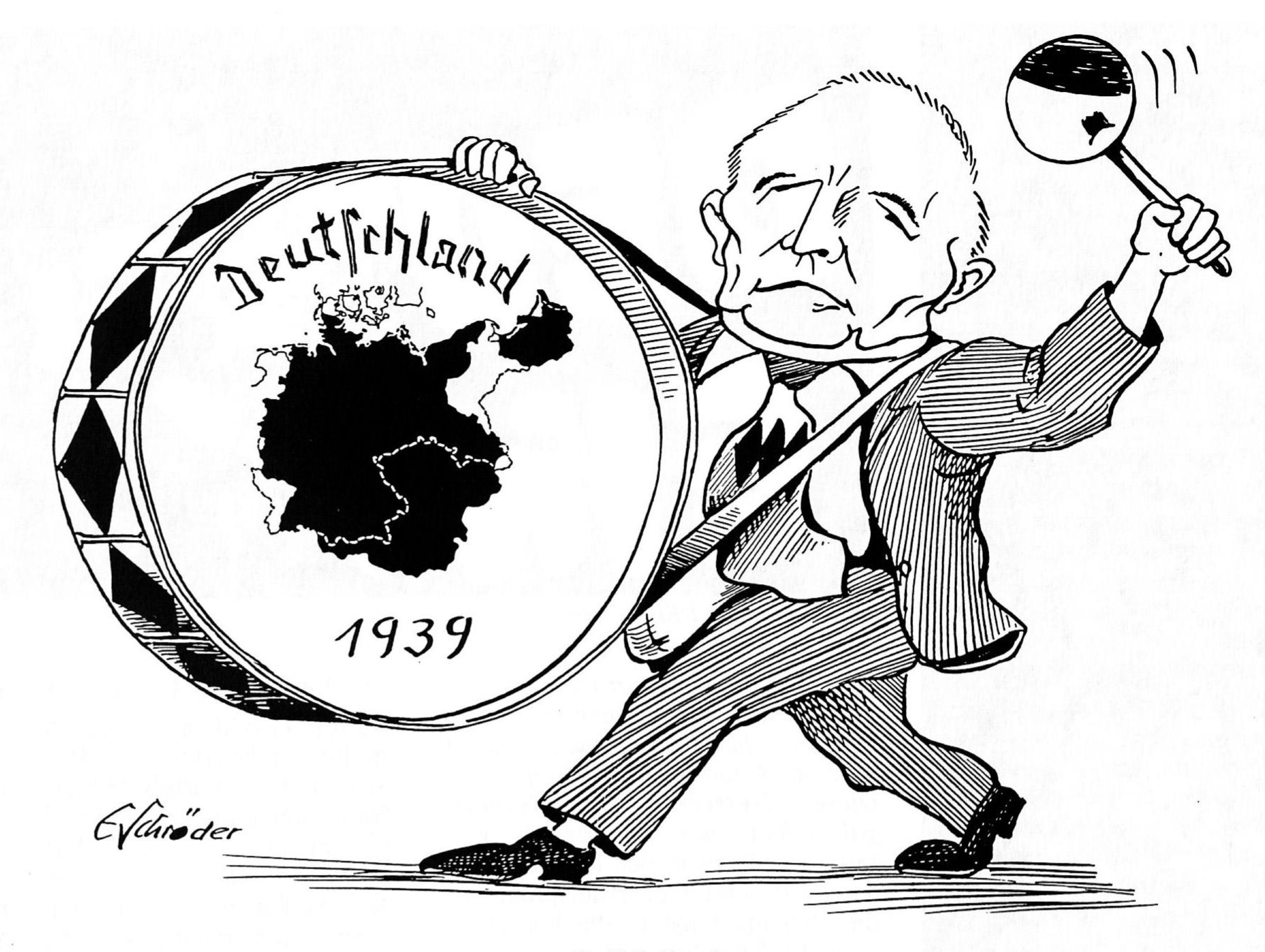
Editorial

Erfreulich die Meldungen von der Landtagswahl im Saarland: den "Republikanern" ist es nicht gelungen, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Der unaufhaltbar scheinende Erfolgstrend kann also doch gestoppt werden, und das bei gleichzeitigen Verlusten der ebenfalls auf der nationalen Welle reitenden Christdemokraten. Erledigt ist das Problem, trotz Verfassungsschutzanalyse - Jürgen Trittin kommentiert - jedoch nicht. Die REP versuchten auf ihrem Rosenheimer Parteitag, den Ruch des Faschismus loszuwerden, um ihre Koalitionsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Ausführliche Berichte zur aktuellen Situation bei den REP auf Bundes- und Landesebene bilden den Schwerpunkt des Heftes. Mobil machen neben den REP auch andere neofaschistische Gruppen in Richtung DDR. Anlaß für uns, ebenfalls dieses Thema aufzugreifen.
Bei dem angekündigten Schwerpunktthema "Neofaschismus/ Herausforderung für die Gewerkschaften" haben uns die angesprochenen AutorInnen im Stich gelassen. Wir werden jedoch diesen Themenkomplex in den folgenden Heften erneut aufgreifen und bitten alle LeserInnen um Mitarbeit in Form von Informationen und Artikeln. In dem für Ende März geplanten Heft wollen wir uns mit dem Thema "Jugend und Neofaschismus" beschäftigen (Redaktionsschluß ist der 15. März 1990).
Dieser Ausgabe liegt ein Bestellschein für den RECHTEN RAND bei: Wir möchten alle LeserInnen bitten zur Weiterverbreitung der Zeitschrift besonders von der Möglichkeit eines Förderabonnements Gebrauch zu machen. Wir befinden uns nämlich, da der Öko-Fond der Grünen eine Unterstützung unseres Projekts abgelehnt hat, regelmäßig am Rande des finanziellen Ruins. Die Gemeinnützigkeit des Fördervereins ist mittlerweile beantragt, so daß dringend benötigte Spenden wahrscheinlich von der Steuer absetzbar sein werden.

Eines Morgens in Hannover ..

Eines Morgens Ende vergangenen Jahres um ca. 4.30 Uhr ist ein junger Ghanaer auf dem Weg zur Straßenbahnhaltestelle, um zu seiner Arbeitsstelle zu fahren. Normalerweise ist um diese Uhrzeit kein Mensch auf der Straße. Plötzlich kommt ihm eine Gruppe von ca. 14 Skinheads, darunter auch einige Frauen, entgegen. Kaum ist er an ihnen vorbei, trifft ihn von hinten ein Hockeyschläger auf Kopf und Nacken.
Auf brutale Weise wird er geprügelt und getreten; er leistet keine Gegenwehr und stellt sich schließlich tot, um überhaupt noch mit dem Leben davon zu kommen.
Wie eine Fügung des Schicksals scheint es, daß wenig später ein Landsmann von ihm - ebenfalls auf dem Weg zur Arbeit - vorbeifährt, ihn aufliest und zum Krankenhaus fährt. Dort muß er mit Schädel- und Rückenprellungen 9 Tage fest ruhen, zunächst wird sogar Erblindung auf einem Auge befürchtet - inzwischen kann er wieder sehen, hat allerdings oft noch Schmerzen und Sehprobleme.
Seine deutsche Ehefrau wird beim zuständigen Polizeirevier wieder weggeschickt (man sei nicht zuständig, sondern das Revier im Bereich des Krankenhauses). Die Beamten von dort zeigen keinerlei Interesse, den Fall vollständig aufzunehmen, denn es sei doch das andere Revier zuständig... "Tja, sowas passiert doch oft, daß die Schwarzen und die Skinheads aneinandergeraten."
Schon nach 5 Minuten ist der Fall behandelt. Schock, Angst und hilflose Wut bei der betroffenen Familie - bei allen, die mit AusländerInnen zusammen leben oder nicht deutsch aussehende Kinder haben.

Titelfoto:
Auf der Leipziger Montagsdemo am 22. Januar werben DDR-Jugendliche für REP und NPD. Wenig später posieren sie mit Hitlergruß (s. Seite 12)



Rolf B. Bode

Alles Heil dank Groß-Deutschland

Die Republikaner bemühen sich weiter gesellschaftsfähig zu werden, "jeden Hauch von Asozialität" abzustreifen und damit einem strategischen Ziel für die nächsten Landtagswahlen und die Bundestagswahl am Ende dieses Jahrs näherzukommen: "Macht ist alles und fordert ihren Preis. Ich halte die CDU/CSU zu jedem Seitensprung für fähig, um an der Macht zu bleiben", orientiert REP-Führer Franz Schönhuber auf schwarz-braune Koalitionen.

Dieses Ziel fest im Blick haben 1130 REP-Delegierte auf dem Bundesparteitag der Rechtspartei im bayrischen Rosenheim am 14. und 15. Januar einige programmatische Retuschen vorgenommen und ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Die Änderungen im Vergleich zum REP-Programm von 1987 liegen, so Schönhuber *"vor allem im verbalen Bereich."*

Der REP-Parteitag ist dabei weitgehend der Vorlage eines vom REP-Präsidium eingesetzten "Redaktionskomitees" gefolgt, das Ende vergangenen Jahres einen knapp 60seitigen Entwurf für das neue Programm vorgelegt hatte (siehe DER RECHTE RAND Nr.4/Dezember 1989, Seite 11). Gar zu sehr an Nazi-Ideologie erinnernde Passagen wie etwa die Forderung nach *"Erhaltung des Bestandes des deutschen Volkes, seiner Gesundheit und seines ökologischen Lebensraumes"* waren darin bereits gestrichen. Schönhuber selber hatte bei der Schlußredaktion des Papiers alles *"genauestens abgeklopft"* und *"wasserdicht"* gemacht.

Wissenschaftlichen Beistand hatte Professor **Helmut Diwald** geleistet. Der Erlanger Historiker, dessen geschichts-revisionistische Werke laut dem Historiker-Kollegen Golo Mann *"Alt- und Neonazis mit Freude einschlürfen"* können, hatte die - dann weitgehend unverändert verabschiedete - Präambel des neuen Programms geschrieben.

Die macht eins sofort deutlich: Die selbsternannten "Republikaner" träumen weniger von einer Republik, als von einem Reich, einem großdeutschen Reich.

Die *"Wiederherstellung Deutschlands"* erklären sie zum *"Kardinalpunkt"* ihrer Politik. Vom nationalen Erfolg erwarten sie alles Heil: *"Der künftige gesamtdeutsche Staat wird zur Stabilität des Friedens in Europa beitragen, die Lösung der europäischen Umweltprobleme ermöglichen und zu einem zweiten wirtschaftlichen Aufschwung mit anhaltender Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen"*, heißt es schlicht.

Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, wieviel Deutschland die REP zur Lösung (fast) aller gesellschaftlichen Probleme für notwendig erachten, ist dem Programm eine farbige Karte (*"Deutschlands völkerrechtliche Lage"*) beigefügt - eine Karte des Jahres 1939.

Getreu ihrem Wahn, 1945 sei *"nur die äußere Gestalt"* nicht aber *"Deutschland selbst"* zerschlagen worden, zeigt diese Karte das Sudetenland (in der CSSR), das Memelland (in der UdSSR), Ost- und Westpreußen (in Polen und in der UdSSR) sowie alle anderen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. (Deren Unverletzbarkeit als polnische Westgrenze zu garantieren, stellt ja auch Bundeskanzler Helmut Kohl unter den Vorbehalt eines Friedensvertrages.)

In den Erläuterungen zu der 39er Karte thematisieren die REP auch ei-

Der Demagoge

Was wären die REP ohne **Franz Schönhuber**? Der smarte Demagoge bringt den Parteitag gleich ordentlich in Wallung. Sein rhetorisches Strickmuster ist schlicht, aber wirksam: Schönhuber stellt die REP als noch kleine, aber unbesiegbare Gruppe mit dem richtigen Programm dar. Doch diese werde von bösen Feinden immer wieder an der Entfaltung auf das hinterhältigste gehindert.

"Wir sind in der Rolle des Sandsacks, auf den jeder einhauen darf, und wir sollen auch noch Danke sagen", klagt Schönhuber. *"Doch eines Tages"*, so kündigt er an, würden die REP *"auf die Straße gehen"*, werde sich ihre Unbesiegbarkeit erweisen.

Und dann zieht er gegen alle und jeden vom Leder: Gegen die Amerikaner, die uns an den *"Marterpfahl"* der Vergangenheitsbewältigung stellen wollten. Gegen Heinz Galinski vom Zentralrat der Juden, der endlich aufhören solle, deutsche Patrioten zu demütigen. Gegen die Kirche, die die Kanzel zum Wahlkampf mißbrauche. Gegen Journalisten, die besser bei der Mafia aufgehoben wären. Gegen die Churchills und Roosevelts, die Stalin hoffähig gemacht hatten. Gegen Genscher, der offenbar Kommunisten mehr liebe als deutsche Patrioten. Gegen Kohl und Waigel, denen es mit Wiedervereinigungs-Rhetorik nur *"um die Sessel, um die Macht"* gehe, aber *"nicht um Deutschland"*...

Der Parteitag tobt vor Vergnügen. Solche Art der Rede stiftet Identifikation zwischen Redner und Publikum. Und damit keiner der zahlreichen innerparteilichen Kritiker die Harmonie stört, hat Schönhuber (*"Es gibt keine Partei, die ihren Vorsitzenden mit solcher Wärme entgegentritt"*) gleich zu Beginn gemahnt: Wer *"unbedingt ein Fernsehstar werden"* wolle, brauche ihn *"nur ausgiebig zu kritisieren"* - was sich aber während des Parteitages keiner traut.

Dabei, so schließt Schönhuber seinen rhetorischen Rundumschlag, sollten sich gerade die REP *"zur Furchtlosigkeit bekennen"*. Denn, so bekennt er theatralisch: *"Unser Endschicksal ist für uns alle gleich"* - eine zweimal ein Meter lange Kiste, sprich: ein Sarg. Deshalb heiße die Devise für die REP ohne jede Angst: *"Nicht mehr Verteidigung, sondern Angriff und noch mal Angriff."*



Johanna Grund, REP-Vizevorsitzende

nen Anschluß Österreichs (*"Laut österreichischem Staatsvertrag vom 15.5.1955 besteht zwischen Deutschland und Österreich Anschlußverbot. Diese völkerrechtswidrige Regelung galt schon nach dem Ersten Weltkrieg"*, heißt es in den Erläuterungen der REP) und Gebietsansprüche an die Benelux-Staaten, die bisher nur *"zum Teil"* erfüllt worden seien.

Flankiert wird die nationale Programmatik der REP durch ein Deutschland-Konzept, das politische Handlungsfähigkeit vorgaukelt. Genauer gesagt: Durch zwei Konzepte, die - obwohl sie sich teilweise widersprechen - beide vom Parteitag angenommen wurden. Das eine (*"Rosenheimer Erklärung"*) stammt von **Johanna Grund**, die früher Redakteurin beim *"Schlesier"* war und als stellvertretende REP-Bundesvorsitzende amtiert. Das andere (*"Deutschland-Konzept 90"*) hat **Rolf Schlierer** geschrieben, der kürzlich als Kuratoriumsmitglied des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim geschaßt wurde. Ziel beider ist ein bewaffnetes neutrales Großdeutschland, daß über den Zwischenschritt einer Konförderation hergestellt werden soll - mit einem *"deutschen Reichstag"*, einem *"Reichspräsidenten"* und einer *"Reichsregierung"* unter Führung eines *"Reichskanzlers"*. Johanna Grund formuliert offen, daß die *"ostdeutschen Provinzen Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen"* aus den Staatsgebieten Polens und der Sowjetunion herausgelöst wurden, *"in den deutschen Staatsverband zurückkehren"* und einen *"Autonomiestatus"* besitzen sollen. Deutsche sollen sich dann dort wieder ansiedeln. Den dort *"geborenen und ansässigen Polen und Russen"* gestehen die REP Minderheitenschutz zu. Frau Grund formuliert ähnlich wie Kanzler Kohl, eine Vertreibung sei Unrecht genug.

Dieses Großdeutschland muß, das stellte der bayrische REP-Chef und Schönhubers Parteisprecher **Harald Neubauer** unter dem Jubel der Delegierten klar, *"in der Waffenfrage gleichberechtigt sein"*. Das heißt, sagt Neubauer, ohne atomare, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen *"wären wir ein Volk niederen Grades"*- jedenfalls *"solange andere ABC-Waffen besitzen."*

Wie eine Drohung klingt die Formulierung im REP-Grundsatzprogramm: *"Solange Deutschland nicht wiederhergestellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden"*.

Schönhuber nennt diesen aggressiven Nationalismus *"demokratisch geläuterten Patriotismus"*. Sein Problem ist, daß seit der Öffnung des Brandenburger Tores (bis auf die Grünen) auch alle anderen Parteien auf der nationalen Woge schwimmen und ihre Ratlosigkeit, wie es den real-politisch mit den beiden deutschen Staaten weitergehen soll, hinter dem *"Etikett Wiedervereinigung"* verbergen (so die Analyse von Günter Gaus, dem früheren ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ostberlin). Schönhuber reklamiert für seine Partei das Copyright und die Meinungsführerschaft in der deutschen Frage: *"Wir sind das Original, die anderen sind die Kopie"*, hämmert er den Parteitagsdelegierten ein.

Damit dieser aggressive Nationalismus sich vom schlechten Gewissen um seine früheren blutigen Taten ungehemmt entfalten kann, fordern die REP - wie die weit ins konservative Lager reichende deutsche Rechte insgesamt - die Entsorgung der Geschichte: *"Wir verweigern uns einer Politik der ununterbrochenen Schuldtilgung, zu der die Deutschen seit Jahrzehnten über die Generatio-*

Jürgen Trittin

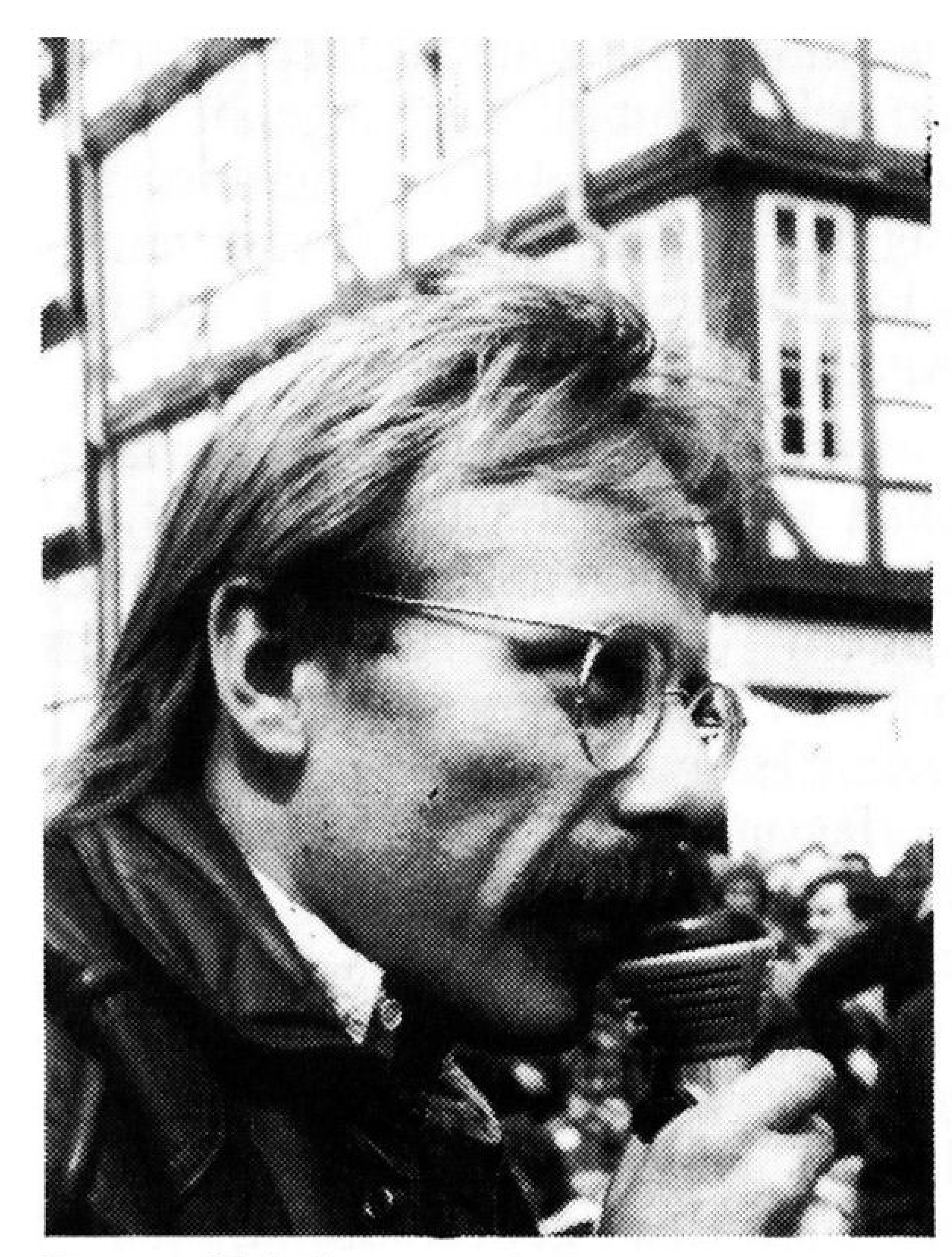
VS contra REP?

Nachdem Panorama-Chef Wagner bereits bei den Enthüllungen über die angeblich hochgefährlichen KGB-Hacker seine guten Beziehungen zum bundesdeutschen Geheimdienst unter Beweis stellen konnte, lieferte er am 23.1.90 weitere Interna aus dem Bundesamt des Herrn Boeden. Der Verfassungsschutz schätzt - so das enthüllte Papier - die Schönhuber-Partei als verfassungsfeindlich ein.

Mit Zitaten aus Schriften der REP meinen die Geheimdienstler belegen zu können, daß es nunmehr an der Zeit ist, diese nachrichtendienstlich zu beobachten. Wenn das ernst gemeint ist, so hat der Verfassungsschutz lange gebraucht um zu begreifen, was die REP ausmacht. Immerhin datiert deren rassistisches, nationalistisches und frauenfeindliches Programm - siehe Der Rechte Rand Nr. 1 - aus dem Jahre 1987. Und in den Jahren darauf haben die REP nie einen Zweifel daran gelassen, wes Geistes sie sind. Von der Forderung nach Arbeitslagern bis zur Hetze gegen AusländerInnen haben sie sich von niemandem rechts überholen lassen.

Kein Wunder bei einer Partei, die sich mehr und mehr zur Sammlungsbewegung für alles entwickelte, was in der rechten Szene Rang und Namen hat. Die in Niedersachsen und anderswo hochgespielten Auseinandersetzungen um angebliche Alt-NPDler in den eigenen Reihen waren nur Ausdruck eines Streites zwischen der Art, wie man heute zeitgemäß eine faschistische Politik verkauft. Dessenungeachtet konnten Leute wie Ex-"Patrioten für Deutschland"-Kandidat Emil Schlee stellvertretender Bundesvorsitzender werden, oder hält sich Schönhuber mit Harald Neubauer einen Ex-NPDler als Vertreter und Bundespressesprecher.

Das alles wollen die Verfassungsschützer erst jetzt herausgefunden haben? Wohl kaum.



Jürgen Trittin

Tatsache ist, daß sich die politischen Verhältnisse geändert haben, und deshalb auch kluge CDUler es für angebracht halten, gegenüber den REP eine andere, härtere Gangart einzuschlagen.

Mit der Öffnung zur Grenze der DDR und dem danach einsetzenden nationalistischen Taumel ist eine Situation eingetreten, wo sich die Konturen in der Parteienlandschaft zu verwischen beginnen. CDU, FDP und SPD kennen in der "Wiedervereinigungsfrage" plötzlich keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Während der Nationalismus in den Farben schwarz-rot-jauche über das Land gekübelt wird, beginnen die REPs nicht nur ihre Existenzberechtigung zu verlieren, sie werden zum ärgerlichen Störenfried beim Projekt Großdeutschland.

Wo sich ehemals Liberale wie der SPIEGEL-Chef Augstein - dessen Blatt in der Hetze gegen SED-PDS-Chef Gysi selbst vor dem Hinweis auf dessen jüdischen Glauben nicht zurückschreckt - als Nationalisten entpuppen und sich in ihrer Polemik gegen die von unseren Nachbarn vorgetragenen Bedenken gegen eine Wiedervereinigung Schönhuberscher Metaphern bedienen, da wird für die REP die Luft dünn. Und wo CDU, SPD wie FDP in der Frage der "Deutschen Einheit" Positionen einnehmen, die REPs bei ihnen einst lautstark einklagten ("Deutschland zuerst"), da wundert es nicht, daß diese, wie jetzt im Saarland, Stimmen verlieren und erstmal im Abschwung sind.

Die Etablierung eines neuen-alten Nationalismus als gesellschaftlichem Konsens wird die REP zwar nicht auf Dauer zum Verschwinden bringen, macht sie aktuell aber überflüssig. Und je ernster die Aussichten zur Wiederherstellung einer staatlichen Einheit Deutschlands werden, umso schädlicher wäre jedes Liebäugeln der CDU/CSU mit der Schönhuber-Partei als Mehrheitsbeschafferin. Dieses würde im Ausland symbolhaft offenbaren, um was es bei der "Deutschen Einheit" wirklich geht: Der Etablierung einer 80 Millionen Menschen umfassenden Supermacht im Herzen Europas, und die Schaffung eines Vierten Reiches. So drohen die REP zum Störfaktor zu werden. Da verbessert eine vorgetäuschte Bekämpfung der REP durch die offiziell geforderte geheimdienstliche Beobachtung das Image.

Doch vielleicht ist alles viel simpler. Wie schon bei der Hacker-Geschichte dürfte die Enthüllung des "REP-Geheimberichts" das Renommee des Verfassungsschutzes heben. Nachdem der Hauptfeind des Verfassungsschutzes - die DKP - sich faktisch selbst erledigt hat, und die DDR-Forderung nach "STASI in den Tagebau" auch hier neue Popularität erlangt, bedarf es dringend einer anderen Legitimation für die Existenz eines geheimen Nachrichtendienstes und da paßt die REP-Geschichte prima.

Die AntifaschistInnen, die sich weigerten, in den lauten Chor deren einzufallen, die eine geheimdienstliche Behandlung des Problem REP einzufallen, dürften gut daran getan haben.

KOMMENTAR

Von Glahn schmeißt hin

Dieter von Glahn, Ex-Pressesprecher des REP-Kreisverbandes Hannover, hat nach neun Monaten seinen Parteiaustritt erklärt. Der 66-jährige, nach eigener Aussage seit 1950 aktiver Antikommunist, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der »Konservativen Aktion«, war im Mai 1989 »wegen Geißler, Blüm und Süßmuth« aus der CDU ausgetreten und hält nun die REP für »politikunfähig«. »Das Engagement der REPUBLIKANER in der DDR in der von Herrn Schönhuber vorgegebenen Form ist Wasser auf die Mühlen der SED und der teilweise immer noch funktionierenden Stasi«, schreibt er in seiner Austrittserklärung.
Von Glahn will sich keiner anderen Gruppe anschließen, sondern künftig im »vorpolitischen Raum« dafür kämpfen, »daß das wiedervereinigte Gesamtdeutschland nicht sozialistisch wird«. Seine Kontakte zur Mun-Sekte (CAUSA) siehe DER RECHE RAND Nr.4 - werden ihm dabei sicher nutzen.

Kontaktaufnahme

Jürgen Gansäuer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, hat Gespräche mit **Werner Rieb** über ein politisches Engagement für die CDU geführt. Rieb, Polizeibeamter aus Laatzen bei Hannover, war stellvertretender Kreisvorsitzender der *"Republikaner"* Hannover-Land. Auch mit Riebs Frau, die ebenfalls bei den REP aktiv war, habe die CDU gesprochen, jedoch keine attraktiven Betätigungsmöglichkeiten angeboten. *"Die sagten, sie müßten erst die SPD schonend auf mich vorbereiten"*, sagt Rieb, der zur Zeit als Landesvorsitzender der *"Deutschen Demokraten"* um den früheren Berliner REP **Bernhard Andres** der Schönhuber-Partei rechte Konkurrenz zu machen versucht.

- Botschaft in Angriffe auf Heinz Galinski vom Zentralrat der Juden: Der solle *"uns jetzt endlich zufrieden lassen"* und aufhören, *"deutsche Patrioten zu verleumden"*. Schönhuber: *"Wir lassen uns nicht mehr demütigen"*.

Die innenpolitische Kehrseite dieses um seine blutige Vergangenheit entsorgten Nationalismus markieren - aus der deutschen Geschichte nur zu schlecht bekannt - drei zentrale Punkte im REP-Programm:

Autoritärer Staat: Ein autoritärer Staat soll nach innen für *"Recht und Ordnung"* sorgen. Zu diesem Zweck fordern die REP unter anderem *"mehr Präsenz der Polizei"*, *"Rückendeckung und Vertrauen"* für den Verfassungsschutz, Verschärfung des Strafvollzugs.

Forderungen des Programms aus 1987 nach Pressezensur wurden gestrichen. Was Schönhuber nicht hindert, in langen Passagen seiner einleitenden Rede gegen Journalisten zu hetzen, die *"besser bei der Mafia aufgehoben"* wären und die Erkenntnis zu verbreiten: *"Nur wer in der Stunde X das Mikrophon in der Hand hat, wird gewinnen."* Schönhuber gibt sich da zuversichtlich. Denn trotz aller Angriffe in den Medien auf die REP weiß er: *"Es gibt genug Kollegen, die in ihren (Presse-) Häusern das Beste für uns versuchen."*

Antikommunismus: Mit militantem Antikommunismus bauen die REP in ihrem Programm das Bild eines inneren Feindes auf. *"Wir Republikaner sind und bleiben Antikommunisten... Innenpolitisch werden wir alle Bestrebungen bekämpfen, den Kommunismus auch in anderem Gewand wiedererstehen zu lassen..."*, heißt es im Programm.

Dort wird auch der türkische Staatsgründer Atatürk als Vorbild gelobt, will er - wie Schönhuber gegen die Kritik einiger Türkenhasser aus den eigenen Reihen erläutert - *"die schärfsten Maßnahmen gegen Kommunisten ergriffen"* habe - bis hin zur massenhaften Exekution, was die REP allerdings nicht wollten, sagt Schönhuber.

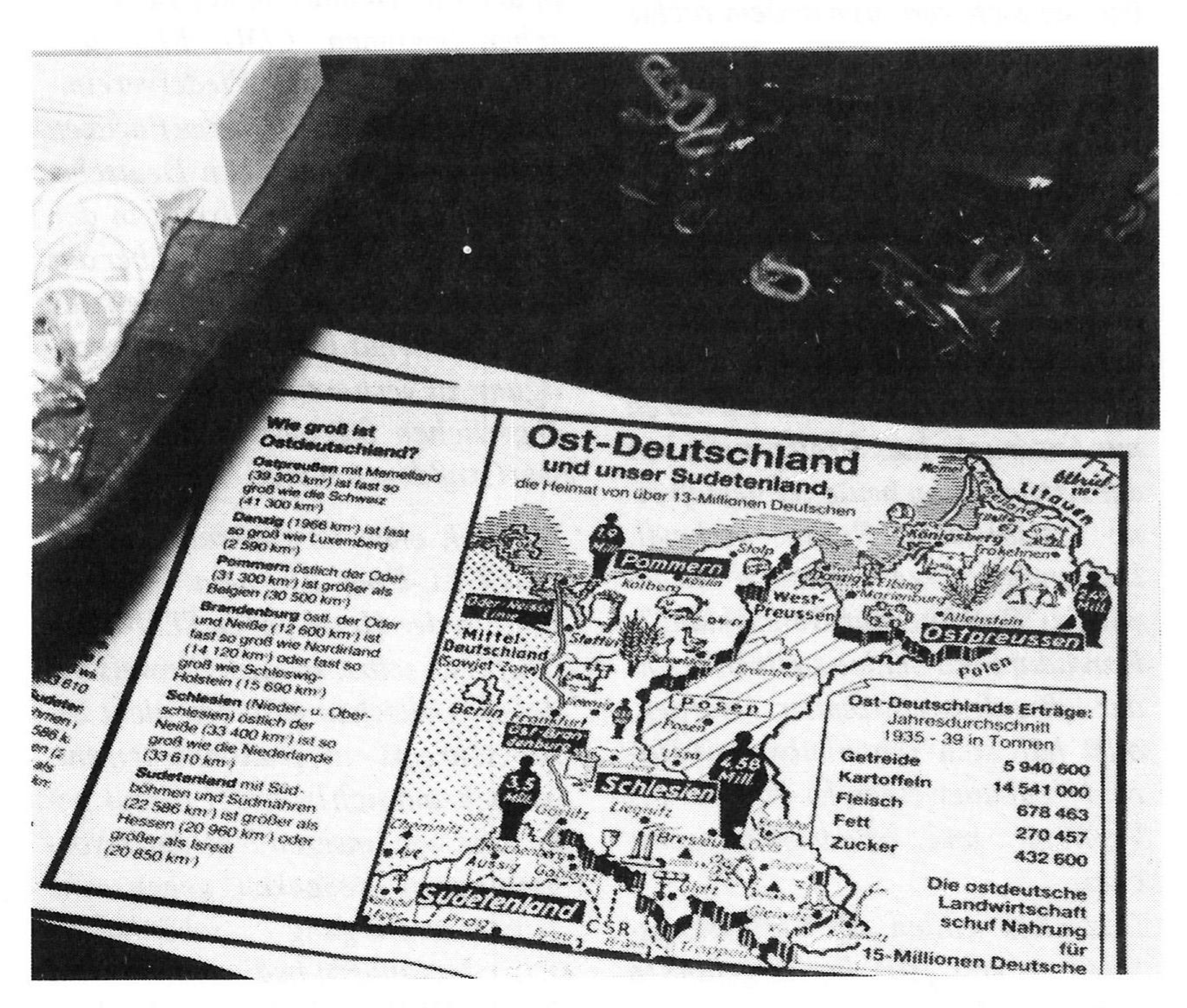
Sein Pressesprecher Harald Neubauer hat dies, als er noch nicht bei den REP war, so ausgedrückt: *"Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und ein potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben wie ein Gehenkter zwischen Hals und Strick."*

Ausländerfeindlichkeit: Mehr noch als von Militanz gegen Kommunisten lassen sich die REP innenpolitisch von der Ablehnung alles Fremden leiten. *"Deutschland den Deutschen - Ausländer raus."* Mit so platten Parolen wie ihre Konkurrenten DVU und NPD sind die REP noch nie dahergekommen. Realistischer als andere Rechte sehen sie die ökonomische Notwendigkeit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Doch die angebliche Gefahr einer *"Überfremdung"* der Deutschen war auch in Rosenheim immer wieder ihr Thema.

Im Programm von 1987 hieß es noch *"Ausländer sind Gäste."* Ein Passus,

nen hinweg genötigt werden", heißt es im REP-Programm.

Ähnlich sagte es Schönhuber schon in seiner Aschermittwochsrede 1989 in Cham:*"Wir wehren uns dagegen, daß unsere Geschichte permanent auf Auschwitz reduziert wird. Wir erklären hiermit feierlich die Umerziehung der Deutschen für beendet und den Fahrkartenschalter nach Canossa für geschlossen."* In Rosenheim kleidet er dieselbe - heftig umjubelte



REP-Parteitag 14./15.1.90 Verkauf von Devotionalien

der so im neuen REP-Programm nicht mehr auftaucht. Vermutlich, weil er sich fast wortgleich im Programm der NSDAP von 1920 fand: "*Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist... Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.*" (Was übrigens CDU/CSU-Fraktionschef **Alfred Dregger** nicht gehindert hat zu erklären: "*Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und daher auch keine Mitbürger.*")

Doch an der Vorstellung der REP, daß Ausländer wie ungebetene Gäste durch "*Zuzugsperren*" und "*Familiennachzug nur in Ausnahmefällen*" beliebig draußen gehalten beziehungsweise per "*Rotationsprinzip*" wieder vor die Tür gesetzt werden können - an dieser Strategie der Entrechtung hat sich auch im neuen REP-Programm nichts geändert. Allerdings formulieren die REP betont moderat - so moderat, daß beim Programmpunkt Ausländer enttäuschte Delegierte einen Änderungsantrag nach dem anderen stellen, die jedoch nach Intervention von Schönhuber oder anderer Vorderleute regelmäßig abgelehnt werden - oder erst gar nicht zur Abstimmung gelangen, weil - so das Tagungspräsidium über Rechtswidrigkeiten nicht abgestimmt werden könne.

Wie befreit jubelt der Parteitag auf, als es schließlich **Carsten Pagel**, einem aggressiven Jung-Rechten aus West-Berlin gelingt, wenigstens die Forderung nach einem "*gesicherten Aufenthaltsrecht für die seit langem in Deutschland straffrei lebenden Ausländer*" aus dem Programmentwurf zu tilgen. Stattdessen beschließt der REP-Parteitag, das geltende Aufenthaltsrecht solle nicht geändert werden.

"*Wir sind Legalisten*", heißt es im neuen REP-Programm, das auch ein Bekenntnis zum Grundgesetz enthält. Um dem Stigma der Verfassungsfeindlichkeit zu entgehen, hat Schönhuber in der Programmkommission eigens zwei Experten mitformulieren lassen: **Klaus Hartel**, Amtmann im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, und **Gert Feldmeier**, Staatsanwalt in Frankfurt und REP-Vize in Hessen.

Während der Programmdebatte mahnt das Tagungspräsidium immer wieder die Delegierten, nichts dürfe beschlossen werden, was gegen das Grundgesetz verstoße. Doch, so hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz (CDU) gewarnt: Das programmatische Bekenntnis sagt noch nichts über die wirkliche Verfassungstreue der REP.

REP in der DDR

Um ihre Glaubwürdigkeit als "*gesamtdeutsche*" Partei zu unterstreichen, wollen die "*Republikaner*" sich auch in der DDR etablieren. Kontakte nach Rumänien und in die CSSR seien bereits geknüpft, hieß es auf dem REP-Parteitag. In der DDR seien die REP bisher nicht nur mit einer Mercedes-Ladung mit Schönhuber-Plakaten präsent gewesen - die in Leipzig teilweise von erbosten Demonstranten verbrannt wurden -, sondern laut **Schönhuber** angeblich auch "*mit Millionen von Flugblättern*".

Als "*Repäsentant der Partei in Mitteldeutschland*" stellte REP-Sprecher **Harald Neubauer** auf dem Parteitag den Maschinenbauschlosser **Rudolf Gutbrodt** aus Parchim bei Leipzig vor - einen in seiner Rolle sichtlich überforderten Mann. Einen Tag vor dem REP-Parteitag hatte "*Bild*" ihn als "*Stasi-Oberst und Triebtäter*" bezeichnet. Gutbrodt hat dies in einer eidesstattlichen Versicherung als falsch bestritten. Schönhuber will dieser Erklärung nicht blind vertrauen: Sollten sich die Vorwürfe von "*Bild*" ("*die müssen wir ja wohl als gegnerische Zeitung betrachten*") bewahrheiten, könne Gutbrodt nicht für die REP sprechen...

Auch die Opfer erinnern sich

Um die Entsorgung der deutschen Geschichte sorgen sich nicht nur die Rechtsradikalen. Auch FDP-Chef **Otto Graf Lambsdorff** hat auf dem Drei-Königs-Treffen seiner Partei getönt: Das Ausland müsse die Deutschen nicht dauernd über die deutsche (Nazi-)Vergangenheit belehren. Dieses Geschäft besorge man schon selber...

Treffend hat daraufhin die in Bern erscheinende Schweizer Zeitung "*Der Bund*" kommentiert: "*In gewisser Weise ist die Sehnsucht der Deutschen, endlich von ihrer Vergangenheit loszukommen, endlich 'normal' zu sein, verständlich... . Aber wie können die Deutschen den Nachbarn die Furcht vor einer Wiederholung jener Schrecken nehmen? Sicher nicht dadurch,daß sie sich ausländische Kritik verbitten, daß sie die Erinnerung zu ihrer alleinigen Angelegenheit erklären - und dadurch gerade immunisieren und abstumpfen. Auch die Opfer und ihre Nachkommen erinnern sich.*"

"Territorial in der Mitte"

Der Bund der Vertriebenen überraschte kürzlich mit der Mitteilung, auch er wolle nicht unbedingt an der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 festhalten. Was auf den ersten Blick wie friedenspolitischer Realismus klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als das alte revanchistische Programm. BdV-Generalsekretär **Hartmut Koschyk** meint:

"*Alle Welt*" verstehe, "*daß die Deutschen ein Drittel deutschen Gebiets und 800 Jahre deutscher Geschichte nicht ersatzlos preisgeben*". Auch wenn es die deutschen Grenzen von 1937 nicht wieder geben werde, könne es nicht so bleiben wie es sei. Als eine Möglichkeit nannte Koschyk eine Regelung, bei der man sich "*territorial in der Mitte begegnet*".

Demokratie á la REP

Die Parteibasis der REP hatte zu dem Entwurf für das neue REP-Programm offenbar hunderte von Änderungsanträgen schriftlich eingereicht. Delegierte sprachen auf dem Parteitag davon, diese Änderungsanträge würden 15 Aktenordner füllen. Doch diese lagen dem Parteitag nicht vor. Warum nicht? Waren sie womöglich zu braun?

Einzelne Forderungen, dem Parteitag den gedruckten Entwurf mit dem von der Programmkommission eingearbeiteten Zusatzanträgen vorzulegen, wurden vom Tagungspräsidium mit dem Hinweis auf "*rechtliche Gründe*" abgelehnt. Die in Rosenheim versammelten REP muckten dagegen nicht auf. Sie brachten Änderungsanträge nur mündlich ein - bis ihnen das Rederecht drastisch beschnitten wurde. Zu einzelnen Anträgen durfte nur noch der Antragsteller und ein Gegner des Vorschlags sprechen - sowie natürlich stets REP-Bundeschef **Schönhuber**, der von seinem Sonderrecht ausgiebig Gebrauch machte, um die Abstimmung in seinem Sinne zu beeinflussen. Auf Fragen von Journalisten meinte Schönhuber, er könne an diesem Verfahren nichts undemokratisches entdecken.

Die "*Süddeutsche Zeitung*" kommentierte: "*Die Republikaner sind und bleiben eine reaktionäre, auf Schönhuber zugeschnittene Führerpartei, in der Delegierte zum Jubeln und nicht zum Mitreden gebraucht werden.*"



Margraf und Schönhuber vor dem großen Krach

Knut Schreiber

REP - führerlos und finanziell in Nöten

Noch kein Ende im Streit der Niedersachsen-REP, untereinander und mit der Münchener Parteizentrale. Es geht um Personen und viel Geld.

Norbert Margraf, Ex-NPD-Funktionär und Ex-"*Republikaner*"-Chef in Niedersachsen, reist wieder durch die Lande. Der 60jährige sucht nach dem Rückzug aus der Schönhuber-Partei eine neue politische Heimat. Seine Versuche, zusammen mit dem NPD-Mitbegründer **Friedrich Thielen** dessen Restbestände der *"Deutschen Partei"* (DP) wiederzubeleben, gelten als gescheitert. Innerhalb der DP, die in den 50er Jahren eine rechtskonservative Kraft war, aus der Leute wie der CDU-Chef **Wilfried Hasselmann** oder der frühere Ministerpräsident **Heinrich Hellwege** hervorgingen, gibt es inzwischen ebenfalls handfesten Streit über den politischen Kurs dieser Splitterpartei.

Ob Margraf die mehrere hundert aus den REP Ausgetretenen überhaupt um sich scharen könnte, ist ungewiß. Abgesehen von allgemeinen großdeutschen patriotischen Formeln weiß Margraf lediglich den Namen einer neuen Partei zu berichten: *Allgemeine Republikaner-Partei.* Im übrigen fehlt es am Geld. Der mutmaßliche Sponsor aus REP-Zeiten, der Göttinger Finanzmakler **Werner Haase**, ist Margraf nicht gefolgt und möchte ihn stattdessen als REP-Chef beerben. Doch darf er sich mit mindestens einem halben Dutzend weiteren amtshungrigen REP herumschlagen.

Seit Ende Dezember sind die REP in Niedersachsen führerlos. Daß sie zur Landtagswahl in Niedersachsen kandidieren, ist erst recht nach dem blamablen Abschneiden an der Saar unsicher. Gezielt gestreute Informationen zur Jahreswende, Nichtkandidatur sei in der Münchner Bundeszentrale bereits eine beschlossene Sache, wurden offiziell noch dementiert.

Die Mitgliederversammlung zur Wahl eines neuen REP-Vorstandes in Niedersachsen ist bereits dreimal verschoben worden. Die REP haben nicht nur interne organisatorische Schwierigkeiten, sondern finden kaum noch Räumlichkeiten und haben ebenfalls finanzielle Schwierigkeiten. Die Deutsche Bank verweigert mangels zeichnungsberechtigten Vorstands die Auszahlung von rund 10 000 Mark. Neuester Termin für die Vorstandswahl ist der 17. Februar. Als derzeit amtierender Landeschef sehen sich wie zu Margrafs Zeiten gleich zwei Kontrahenten: **Joachim Soltau** aus Lachendorf bei Celle und **August-Wilhelm Petersen** aus Schneverdingen. Beide sind Landwirte und stellvertretende Landesvorsitzende. Der eine, Soltau, wurde mehrheitlich vom Vorstand mit der Geschäftsführung beauftragt, der andere, Petersen, noch kurz vor Margrafs Auszug von **Schönhuber** kommissarisch eingesetzt.

Teilnehmer des Bundesparteitages aus Niedersachsen verbreiten, Parteichef Schönhuber habe sich mit den Niedersachsen-REP wieder arrangiert, akzeptiere auch, daß die noch unter Margraf eingefädelte Kooperation mit der DP noch nicht zu den Akten gelegt ist, und werde auch am Landtagswahlkampf teilnehmen. Von anderer Seite wird dies als Zweckoptimismus abgetan und darauf verwiesen, daß Schönhuber sich nicht mehr selbst um diesen Verband kümmere, sondern diese lästige Aufgabe an seinen Schatzmeister **Klaus-Dieter Pahl** abgegeben habe. Außerdem warten die Niedersachsen-REP als einziger Landesverband noch auf 500 000 Mark Wahlkampfgelder aus München. So kann der Landesverband derzeit offenbar nicht einmal die Eröffnung einer Landesgeschäftsstelle in den bereits angemieteten Räumen in einem Industriegebiet am Alten Flughafen in Hannover-Vahrenheide finanzieren.

REP-Direktkandidat tritt zurück

Hanns Joachim Beyer, Kreisvorsitzender der REP-Rotenburg, hat seine Kandidatur für den niedersächsischen Landtag zurückgezogen und legt voraussichtlich seine Parteiämter nieder. Der ehemalige CDU-Stadtdirektor von Bremervörde stellt sich damit hinter den Ex-NPD-Funktionär Margraf, den er als einen *"ehrenwerten Mann"* mit der Fähigkeit zu integrieren beschreibt. Als Hauptgrund für seinen Rücktritt gibt er den Parteivorsitzenden Schönhuber an, der sich über alle demokratischen Grundsätze hinwegsetze.

Jörg Daniels

Im weißen Kittel auf Stimmenfang

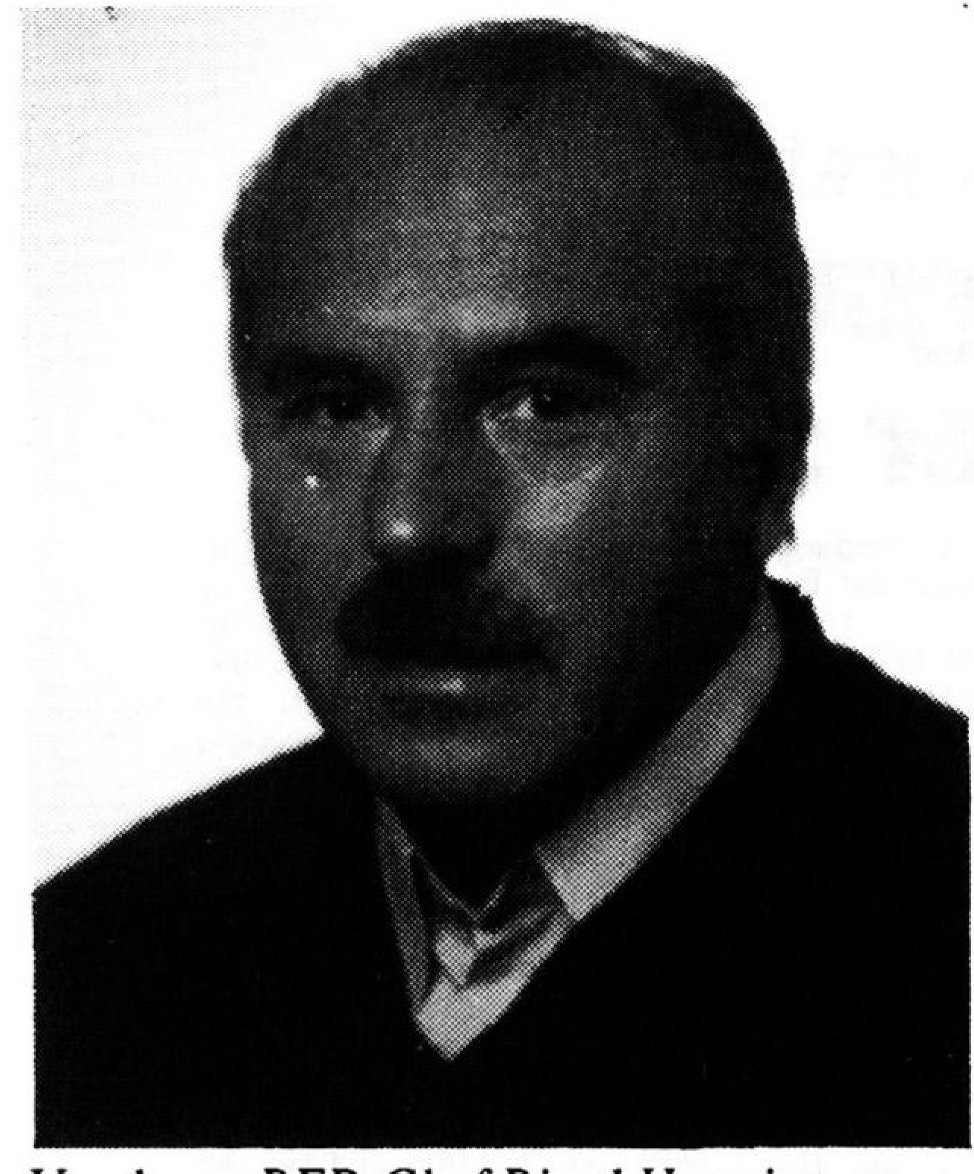
Mit Lockangeboten und unter dem Deckmantel der Ärzteschaft versuchte der Chirurg Dr. Rigolf Henning DDR-Übersiedler für die Verdener "Republikaner" zu werben. Doch Konsequenzen nußte der REP-Kreisvorsitzende bisher nicht fürchten.

Für die ÜbersiedlerInnen aus der DDR, die zunächst notdürftig in der Verdener Jugendherberge untergekommen waren, versprach das Angebot Abwechslung: Zu einem *"gemütlichen Abend"* in der nahegelegenen Gaststätte "Zum Hubertushain" waren sie eingeladen - Essen und Trinken gratis. Auch Herbergsvater Ulrich Raabe hatte nichts gegen das Angebot einzuwenden. Schließlich hatte sich ihm der Gastgeber als "*Dr. Hennig aus dem Ärztehaus hier in Verden*" vorgestellt. Doch als Raabe und rund 30 Übersiedlerinnen im "Hubertushain" saßen, war von der Ärzteschaft keine Rede mehr: Ohne Umschweife stellte sich Dr. **Rigolf Hennig** als Kreisvorsitzender der Verdener "Republikaner" vor.

Ulrich Raabe war so entsetzt, daß er sein Bier stehen ließ und sofort das Lokal verließ. Der Herbergsvater gegenüber dem RECHTEN RAND: "*Das war eine arglistige Täuschung. Hätte ich gewußt, daß Dr. Hennig von den "Republikanern" kommt, hätte ich ihn schon bei der Einladung rausgeschmissen.*" Hinters Licht geführt fühlt sich auch Karl-Heinz Ahnemann, Wirt des "Hubertushain". Erst bei der Abrechnung habe er erfahren, daß nicht die Ärzteschaft, sondern die REP seinen Saal angemietet hatten.

Teilnehmer des *"gemütlichen Abends"* berichteten später, daß es neben Freibier und Essen auch Kugelschreiber als Werbegeschenke verteilt wurden. Ein Übersiedler: "*Das war alles ganz eindeutig Schleichwerbung für die "Republikaner"*, auch wenn politische Themen nicht näher diskutiert worden seien. "*Die taten so, als könnten sie für uns bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und einer Wohnung alles ganz schnell regeln*", so eine 21jährige Frau aus Ost-Berlin.

Seither ist Hennig, der zusammen mit dem Achimer Schlossermeister **Anton Köhnsen** für die Verdener REP bei den Landtagswahlen kandieren soll, vor allem unter der Verdener Ärzteschaft unter Druck geraten. Zwar stellte der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung, Günter Spanuth, am nächsten Tag klar,



Verdener REP-Chef Rigol Henning

daß der Chirug hier nicht im Namen der Ärzteschaft gehandelt habe. Doch ein Teil der Ärtzeschaft beharrt darauf, daß sich die Standesorganisation endlich mit Nachdruck von Hennig distanziert, nachdem er die Verdener Ärzteschaft schon mehrfach mit rechtsextremistischen Positionen in Verbindung brachte.

So hatte der REP-Kreisvorsitzende bereits bundesweites Aufsehen erregt, als er sich im "Deutschen Ärzteblatt" mit antisemitischen Parolen an einer Auseindersetzung um die Rolle von Medizinern im Nationalsozialismus beteiligte. Im Sommer 1989 brachte Hennig Verdener Eltern- und Schülervertretungen gegen sich auf, als bekannt wurde, daß in seinem Wartezimmer die rechtsradikale Zeitschrift "*Nation Europa*" ausliegt und eine Schülerin nach einer Behandlung Aufkleber mit der Aufschrift "*Solidarität mit Weiß-Afrika*" mit nach Hause brachte. Was die Eltern besonders erboste: Hennig ist einer von zwei sogenannten Durchgangsärzten der Gemeindeunfallversicherung, zu denen Schüler nach Schulunfällen geschickt werden müssen. Jugendliche kommen also fast zwangsläufig mit der rechten Propaganda in seinem Wartezimmer in Berührung.

Die Kassenärztliche Vereinigung sah darin noch keine Veranlassung gegen den REP-Funktionär vorzugehen. Die Ärztekammer könne den Ärzten nicht vorschreiben, welche Zeitschriften sie in ihrem Wartezimmer auslegen, so Geschäftsführer Spanuth. Und auch eine Entscheidung über eine Ablösung Hennigs als Durchgangsarzt liege nicht bei der Standesorgansisation, sondern bei den Berufsgenossenschaften.

Doch mit seinem Auftritt in der Jugendherberge hat Hennig offenbar das Faß zum Überlaufen gebracht. Unter immer mehr Verdener Medizinern wird der Ruf nach Sanktionen gegen den Chirugen laut, die in letzter Konsequenz auf eine Aberkennung der Approbation hinaus laufen könnten, vermutlich aber nur in einem Verweis enden werden.

Hennig selbst ist krampfhaft bemüht, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Nach einer gerichtlichen Auseinandersetzung gelang es ihm, eine Gegendarstellung in den "*Verdener Nachrichten*" durchzusetzen, die über die Bewirtung der Übersiedler unter der Überschrift "*Verdener Republikaner segelten unter falscher Flagge*" berichtet hatten. In seiner Gegendarstellung bestreitet Hennig, die Übersiedler namens der Verdener Ärzteschaft zu dem Republikaner-Abend gelockt zu haben. Und: Die vielen Kugelschreiber seien keine Werbegeschenke gewesen, sondern erst "*auf Bitten der Gäste für Mitschriften zur Verfügung gestellt*" worden. Herbergsvater Ulrich Raabe beeindruckt dies nicht: Er ist bereit, auch "unter Eid" zu erklären, daß Hennig sich als Vertreter der Ärzteschaft vorgestellt hat.

Die Verdener "Republikaner" hindert die Auseindersetzung um Hennig nicht, sich unterdessen auch weiterhin für die DDR-Übersiedler zu "engagieren". Zwar dürfen sie die Jugendherberge nicht mehr betreten; Raabe hat ihnen mit Rückendeckung des Jugendherbergsverbandes Hausverbot erteilt. Dafür kümmert sich der REP-Kreisverband jetzt unter anderem mit Zeitungsanzeigen um die Flüchtlinge, in denen Wohnungen für Übersiedler *"aus Mitteldeutschland"* gesucht werden.

Eberhard Löblich

Gifhorn: Liebenswerte Stadtväter oder Die REP brauchen wir nicht

"Gifhorn soll eine harmonische und liebenswerte Stadt bleiben." So war es jüngst beschwörend als Überschrift über einer Anzeige der Gifhorner Stadtverwaltung in der regionalen Presse zu lesen. Mit der Anzeige wollten die Gifhorner Stadtväter der Bevölkerung eine Reihe von politischen Beschlüssen schmackhaft machen, die die provinzielle Kreisstadt in der Südheide mit einem Schlag ins Licht der überregionalen Medien rückte.

Protest gegen Ausländerfeindlichkeit in Gifhorner Betrieb

Kollege zwangsversetzt – Teves-Arbeiter streikten

Np

GIFHORN. **Aus Protest gegen Repressalien gegenüber türkischen Arbeitnehmern kam es in der Nacht zum Sonnabend zu einer spontanen Arbeitsniederlegung im Gifhorner Teves-Werk. Es ist mit 2850 Beschäftigten die größte Produktionsstätte des umsatzstärksten Bremsenherstellers in Europa. Die Alfred Teves GmbH (ATE) ist zudem der größte Arbeitgeber im Landkreis Gifhorn.**

„Ein Aussiedler ist besser als drei Türken", hatte ein Vorarbeiter vor zwei Wochen in der Nachtschicht erklärt. Als sich ein türkischer Arbeitnehmer darüber beschwerte, flog er aus der Schicht. Er wurde am nächsten Tag von der Personalleitung in den Tagdienst versetzt.

Empört wandten sich seine Kollegen an den Betriebsrat. Doch die Personalabteilung blieb bei ihrer Entscheidung. „Kein Einzelfall", weiß der Betriebsratsvorsitzende Horst Büschke. Er erinnert sich allein an etwa fünf weitere solcher Strafversetzungen in jüngster Zeit.

Um die Rücknahme der Zwangsmaßnahme gegen ihren Kollegen zu erzwingen, weigerten sich die Abteilungen Tandem-Zylinderfertigung und -montage am Freitag zu Beginn der Nachtschicht um 22 Uhr, an die Arbeit zu gehen. Statt dessen versammelten sich die rund 30 Mitarbeiter in der Werkskantine und verlangten ein Gespräch mit dem Betriebsrat. Aus Solidarität legten auch Mitglieder einer weiteren Abteilung die Arbeit nieder.

Zweieinhalb Stunden standen die Maschinen in der Tandem-Zylinderfertigung still. Erst gegen 0.30 Uhr am Sonnabend wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Zuvor war es Büschke gelungen, in zähen Verhandlungen mit der Personalleitung die Versetzung des türkischen Kollegen rückgängig zu machen. Er arbeitet ab heute wieder in der Nachtschicht.

Der Betriebsratsvorsitzende kündigte zugleich Beratungen über weitere Maßnahmen an, um die wachsende Ausländerfeindlichkeit innerhalb des Werkes abzubauen. Denn das Arbeitsklima, klagen türkische Teves-Werker, sei „vergiftet". Einige Schichtführer würden die ausländischen Mitarbeiter beleidigen, bedrohen und einschüchtern. Stets werde ihnen vorgehalten, es gäbe schließlich genug DDR-Bürger, die vor dem Werkstor Schlange stünden und auf Arbeit warteten.

telos

Bundesweit galt Gifhorn plötzlich als muffig, fremdenfeindlich und kleinbürgerlich. Nicht zu Unrecht. Denn im Dezember hatte der Verwaltungsausschuß der Stadt beschlossen, künftig keine Asylbewerber mehr aufzunehmen. Nicht nur das. Auch die 178 Asylsuchenden und de facto-Flüchtlinge, die zur Zeit im Stadtgebiet leben, sollen kurzfristig drastisch, mittelfristig völlig reduziert, sprich umgesiedelt werden.

Peinlich für die SPD so kurz vor der Landtagswahl: Die vier Sozialdemokraten im Verwaltungsausschuß der Stadt trugen diesen Beschluß ohne Murren mit. Der Aufschrei dagegen kam aus anderen Ecken. Die beiden großen Kirchen traten mit ihrem Protest gegen diesen Beschluß sofort an die Öffentlichkeit, die Grünen, die im Verwaltungsausschuß zwar Sitz, aber keine Stimme haben, brachten die Angelegenheit vor den Landtag. Dieser mißbilligte einmütig den Beschluß und Karl-Heinz Schrader, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, mußte sich auch nachhaltige Schelte des Genossen Gerhard Schröder gefallen lassen. Schrader weiß auch gar nicht mehr so genau, was da eigentlich im Dezember in ihn und seine sozialdemokratischen Genossen gefahren ist. Bei einer erneuten Behandlung des Themas stimmte die SPD im Verwaltungsausschuß geschlossen gegen diesen Beschluß.

Dennoch wurde er, wenn auch leicht modifiziert, erneut verabschiedet. Diesmal mit den Stimmen der CDU, die im Verwaltungsausschuß über eine Stimme Mehrheit verfügt.

Im Januar legten die ausländischen Beschäftigten der Firma Teves in Gifhorn spontan die Arbeit nieder. Denn die ausländerfeindliche Tendenz des Verwaltungsausschuß-Beschlusses spürten sie bereits in Praxis durch die Behandlung, die sie durch einen Teil ihrer deutschen Vorgesetzten erfahren. Die ausländischen Arbeitnehmer Gifhorns befürchten zunehmend, daß als nächstes sie auf der Abschiebeliste des Gifhorner Verwaltungsausschusses stehen.

Stadtdirektor Dr. **Gert Hoffmann** und Bürgermeister **Manfred Birth**, beide CDU, verstehen die ganze Aufregung um den Beschluß nicht. In Gifhorn werde durch Zuzug von Aus- und Übersiedlern der Wohnraum knapp, und da müsse doch jeder verstehen, daß zunächst mal andere Leute untergebracht werden müssen. Und Ausländerfeindlichkeit oder gar Rassismus wollen sich die beiden nun überhaupt nicht nachsagen lassen. Denn schließlich richtet sich der Beschluß nicht nur gegen Asylbewerber, sondern auch gegen ehemalige Nichtseßhafte aus den Diakonischen Anstalten. Das Diakonische Werk unterhält in Gifhorn die größte Einrichtung Norddeutschlands zur Wiedereingliederung von Nichtseßhaften. Und das Heim wollen Birth und Co. auch gar nicht weghaben. Schließlich ist es der zweitgrößte Arbeitgeber in Gifhorn und jedes Jahr erneut gut für saftige Gewerbesteuereinnahmen.

Aber nach erfolgreicher Resozialisierung sollen "die Berber" ihr neues Leben doch bitte woanders beginnen als ausgerechnet in Gifhorn. Spezielle Wiedereingliederungsprogramme für diesen Personenkreis soll es in Gifhorn künftig nicht mehr geben, und besondere Wohnraumbeschaffungsprogramme schon gar nicht.

Denn nicht nur durch "Asylanten", sondern auch durch die "Ex-Berber" sehen Rats- und Verwaltungsspitze Gifhorns das soziale Klima ihrer Stadt ernsthaft gefährdet. Mehr allerdings durch die Asylbewerber. Was der Bevölkerung natürlich auch bewiesen werden sollte. Nachweislich hat Stadtdirektor Dr. Gert Hoffmann im Januar einen seiner Verwaltungsbeamten damit beauftragt, beim Polizeiabschnitt Gifhorn anzurufen und dort die Bitte vorzutragen, in Pressemitteilungen die "Asylanten" als Kriminelle besonders herauszustellen. Der Beamte telefonierte statt mit der Polizei dann lieber mit der örtlichen Presse.

Bürgermeister Manfred Birth bestreitet ganz energisch, daß der Beschluß des Gifhorner Verwaltungsausschusses irgendwas mit einer Vorbeugung gegen möglich Wahlerfolge der "*Republikaner*" in Gifhorn zu tun habe. "*Ich weiß nicht mal genau, ob die Republikaner einen Ortsverband in Gifhorn haben*", meinte Birth auf Anfrage. "*Sowas brauchen wir hier auch nicht.*" Wohl wahr, denn das, wofür andernorts die rechtsradikalen REP stehen, erledigt in Gifhorn die CDU selbst.

Thomas Klaus

REP-Neuzuwachs nach NPD-Austritt

Der in der ostfriesisch-oldenburgischen Region bekannte Rechtsextremist Hartmut Heger (Wilhemshaven) hat nach zuverlässigen Informationen der NPD den Rücken gekehrt und ist "Republikaner" geworden.

Der Kreisvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten(VVN-BdA) Aurich/Norden/Emden, die Antifaschismus-Kommission der Jungsozialisten im SPD-Unterbezirk Aurich und das Antifaschismus-Referat der Interessengemeinschaft der Pazifisten in der SPD gaben in einer Erklärung den Hinweis, die Quelle sei glaubwürdig.

Hartmut Heger gilt seit mehr als einem Jahrzehnt als einer der eifrigsten Ultrarechten im Nordwesten. Er war Schriftführer und Vorständler der NPD in Jever und Mitinitiator des "*Nationaldemokratischen Schülerbundes*"(NSB) auf Bundesebene, außerdem in Wilhelmshaven der "*Erfinder*" der dortigen Wahl-"*Liste für Ausländerstopp*". Mit der militanten "*Nationalen Jugend Ostfrieslands*", deren Abspaltung "*Kampfeinheit Nationaler Sozialisten*" mit **Michael Kühnen** und seiner "*Aktionsfront Nationaler Sozialisten*" an einem Strang zog, und der Wehrsportgruppe "*SS-Kommando WHV*" arbeitete er eng zusammen.

Sein größter politischer Erfolg dürfte allerdings das Zustandebringen des "*Konservativen Kulturkreises*" (KKK) gewesen sein. In diesem auf Wilhelmshaven begrenzten, inzwischen aufgelösten Bündnis fanden sich Mitglieder der NPD, der Jungen Union und der CDU, unter ihnen der Stadtrat und "*Stahlhelm*"-Ehrenlandesführer **Wilhelm Schrader.**

Im Oktober 1977 soll KKK-Macher Hartmut Heger nach mehrfach unbeanstandet gedruckten Angaben der Grünen und der Antifaschistischen Initiative in Emden während einer Kundgebung der NPD in Oldenburg aus dem Pulk der Michael-Kühnen-Truppe heraus Antifaschisten tätlich angegriffen und verletzt haben.

In das Gedächtnis der Antifaschisten an der Nordseeküste grub sich Heger zuletzt im Mai 1989 bei einer geplanten NPD-Wahlkundgebung in Esens im Landkreis Wittmund ein. Dort versuchte er, die Polizei zu einem harten Durchgreifen gegen die Blokkierer der Versammlungsgaststätte zu treiben. Mit einem Leserbrief, in dem er über gewaltverherrlichende Aktivitäten der vor Ort weilenden Antifaschisten fabulierte, legte er den Grundstein für eine Strafanzeige gegen den SPD-Landtagsabgeordneten Udo Köneke (Wittmund). Der wurde von der NPD als "*Rädelsführer*" der Gegenaktion in Esens eingeordnet und des "*schweren Landfriedensbruchs*" bezichtigt. Das Verfahren wurde nach kurzer Dauer eingestellt.

Denn in Esens hatten - wie so oft - ausschließlich Hegers Gesinnungsfreunde mit Gewalt "*geglänzt*", nicht jedoch ihre Gegner. Ein Rechtsextremist hatte sogar eine scharfe Pistole gezückt und damit Antifaschisten bedroht.

Rechtsradikales Engagement blieb für Geschichtslehrer ohne Konsequenzen

Wirbel um Republikaner

DER RECHTE RAND veröffentlichte in seiner letzen Ausgabe eine Reportage der Göttinger Redakteure Isa Baumgarten und H.P. Meyer, die sich zu einer Mitgliederversammlung des Republianer-Kreisverbandes hatten anwerben lassen. Ihr Bericht, in dem erstmals die lokalen Parteispitzen beim Namen genannt wurden, entfachte einigen Wirbel:

Den bei der Kommunalen Datenverarbeitungsstelle beschäftigten REP-Kreisvorsitzenden **Friedel Dreyer** erwartet voraussichtlich ein Disziplinarverfahren. Ein anderer prominenter Rechter wich dem öffentlichen Druck: **Georg Grunewald**, Studiendirektor am Otto-Hahn-Gymnasium und bis dahin Vorsitzender der Programmkommission der niedersächsischen REP, erklärte seinen Parteiaustritt.

Staatsdiener Friedel Dreyer, der sich offen als *"Extremist"* und NPD-Sympathisant bekannt hatte, soll gegenüber seinem Dienstherrn, Oberstadtdirektor Schierwater, Stellung zu den Vorwürfen beziehen. Es müsse geklärt werden, wie er trotz Krankmeldung in der Lage gewesen sei, eine Parteiversammlung zu leiten und im Kreisgebiet für die "Republikaner" umherzureisen, erklärte Schierwaters Pressesprecher auf Anfrage.

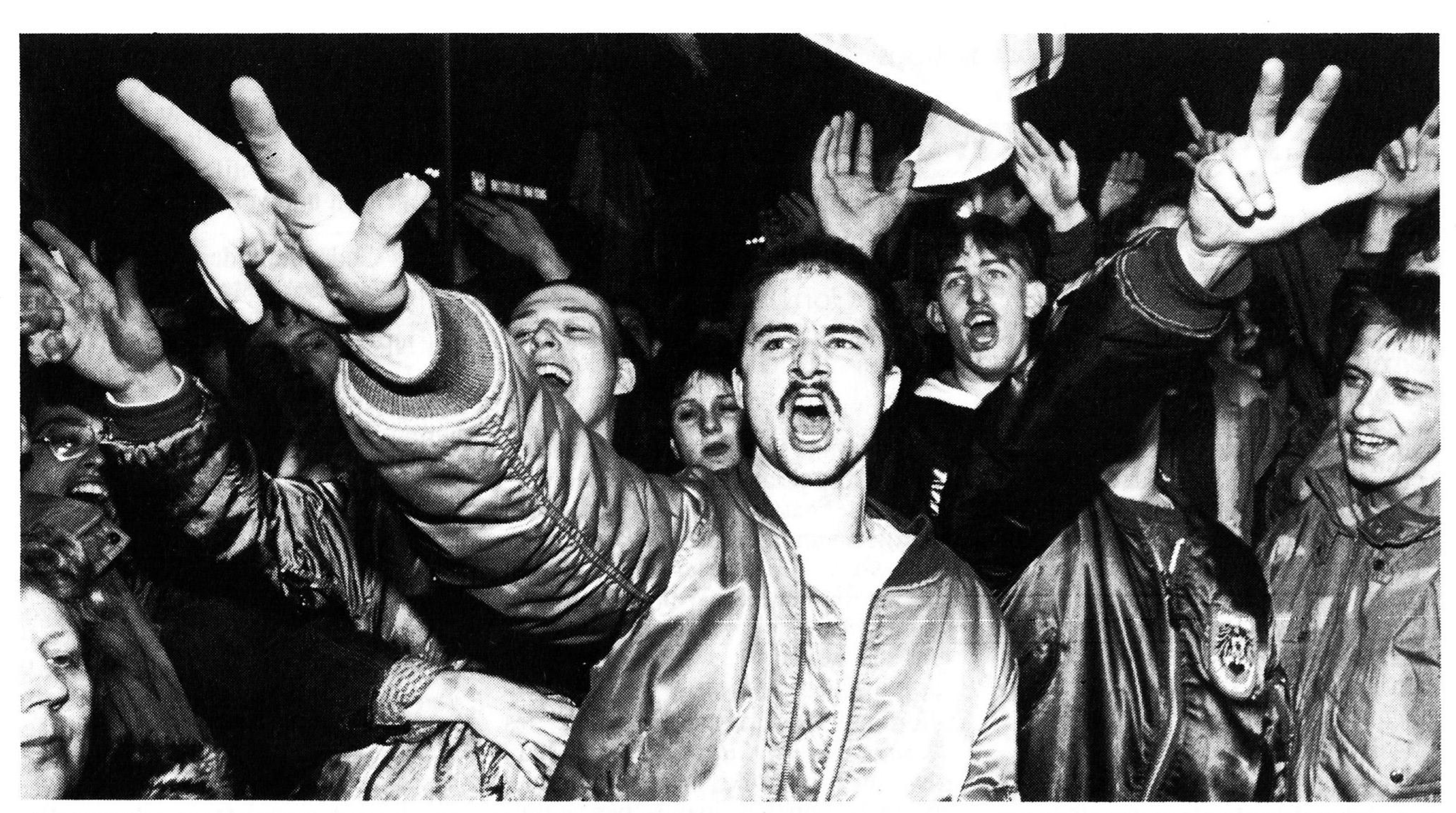
Hoch schlugen die Wogen am Otto-Hahn-Gymnasium. Fassungslosigkeit machte sich breit, als bekannt wurde, daß Georg Grunewald in führender Position bei den "Republikanern" mitarbeitet. Offensichtlich hat Grunewald mit seinem rechten Engagement den richtigen Weg gewählt, um kurz vor seiner Pensionierung noch eine Bombe platzen zu lassen. Schuldirektor Jung: *"Die Schüler fühlen sich durch die fehlende Offenheit ihres Lehrers betrogen und haben daher mit großen Vertrauensproblemen zu kämpfen. Aber man kann nicht von einer Indoktrination im Unterricht sprechen. Die republikanische Partei ist zudem nicht verboten und es ist sicher, daß die Behörde kein Disziplinarverfahren gegen Herrn Grunewald einleiten wird."*

Georg Grunewald hat versucht, sich dem öffentlichen Druck mit einem unerwarteten Schritt zu entziehen: Er erklärte seinen Austritt bei den "Republikanern".

Am Otto-Hahn-Gymnasium ist der Fall damit allerdings noch nicht erledigt. In Lehrerkreisen wird der Ruf nach Arbeitsgemeinschaften zum Thema Rechtsextremismus laut, die erarbeitete Informationen an Schüler vermitteln sollen. Damit will sich die GEW nicht abspeisen lassen. Deren Pressesprecherin Renate Rose fordert personelle Konsequenzen und fragt: *"Wie ist Herr Grunewald zu seinem Posten gekommen? Es ist merkwürdig, daß er bei seinem Gang durch die Instanzen nicht aufgefallen ist."*

In der Tat hat er schon immer gute Freunde in Braunschweig gehabt. Wurde er doch von der Bezirksregierung über die Köpfe des OHG-Kollegiums hinweg auf seinen einflußreichen Posten gesetzt.

Aus: »Hier und Jetzt«, 1/90!



Nicht deutsch-deutsche Besoffenheit treibt uns zur Berichterstattung über neofaschistische Umtriebe und antifaschistische Aktivitäten in der DDR. Bilder wie dieses von der Leipziger Montagsdemo am 22.Januar haben erschreckend deutlich gemacht, daß nationalistisches und faschistisches Gedankengut in Teilen der DDR-Bevölkerung verankert ist. Den Versuchen neofaschistischer Gruppierungen, ihren Einfluß auf die DDR auszudehnen, sollte auch durch eine Zusammenarbeit der AntifaschistInnen entgegengetreten werden.

Sascha Möbius

Leipziger Aktionswoche gegen Rechts: Zwischen den Stühlen...

Vom 14.-21.Januar 1990 fand in Leipzig eine Aktionswoche gegen Rechts statt. Organisiert wurde sie von der "Initiative für eine Vereinigte Linke"(VL). Darüberhinaus beteiligten sich verschiedene Gruppen wie die evangelische Studentengemeinde, die Fraueninitiative, die Rosa Linde usw.

Den Auftakt bildete eine Kundgebung zum Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 14.Januar Während der Woche gab es Veranstaltungen zu Themen wie Rechtsradikalismus, Frauen oder über die Lage in den Betrieben. Ein vielfältiges Kulturprogramm, u.a. mit KünstlerInnen aus Hannover, rundete das Programm ab. Aber unabhängige Linke haben es zur Zeit in der DDR nicht leicht: Allzuschnell entsteht dort bei andereren Oppositionellen der Eindruck, sie seien ein Anhängsel der SED-PDS, deren Mitglieder sie wieder häufig als Sektierer angreifen: Zwischen den Stühlen sitzen ist angesagt.

Rosa, Rosa...!

Auf der Eröffnungskundgebung am 14. Januar waren ca. 3000 Menschen anwesend, davon rund 60 aus der BRD, 600-800 SED-PDS-Mitglieder und verschiedenste unabhängige Linke aus Leipzig. Bei dem ersten Redebeitrag, den ein Vertreter der Vereinigten Linken hielt, wurden die Probleme deutlich, die sich innerhalb der linken Kräfte in der DDR stellen. Bei dem Versuch, auf die Herkunft rechter Tendenzen in der DDR einzugehen und die Mitschuld der alten Führung und Partei aufzuzeigen, wurde er von SED-PDS-Mitgliedern mit lautstarken "*Rosa, Rosa*"-Rufen niedergebrüllt und mußte seinen Beitrag abbrechen.

Leider wendete sich im weiteren Verlauf der Kundgebung nur eine Rednerin aus Hannover gegen dieses Verhalten, wurde dafür aber von den KundgebungsteilnehmerInnen (darunter auch SED-PDS-Leuten) mit viel Beifall bedacht. In Diskussionen nach der Kundgebung wurde deutlich, daß sich viele Leute, gerade aus der SED-PDS nicht daran gewöhnen können, daß Einheit im Handeln gegen Rechts harte Kritik an den BündnispartnerInnen nicht ausschließen kann. Häufig kamen Einwände wie: "*Wer uns kritisiert, hilft den Rechten.*" Die in der DDR zweifelsohne vorhandene Gefahr von Rechts kann aber nur abgewendet werden, wenn es ein gemeinsames Handeln der linken Kräfte gibt, das sich gegen offen faschistische Gruppen, reaktionäre Wiedervereinigungspolitik und die stalinistischen Strukturen, die den heutigen Rechtsdruck mitverschuldet haben, richtet.

Für eine solche Politik gibt es eine Basis, auf die sich Kräfte im Neuen Forum, den GRÜNEN, der SED-PDS, Demokratie Jetzt, der VL und anderen Gruppen stellen können.

Rechtsradikalismus in der DDR

Am 15. Januar hatten wir die Möglichkeit, auf die Montagsdemo zu gehen. Auf einer solchen Veranstaltung wird auch dem Letzten noch klar, daß es in der DDR ein rechtes Potential gibt. Sicher waren die meisten Leute auf der Demonstration keine Faschisten oder auch "*nur*" Rechte. Viele erhoffen sich, das war in allen Diskussionen deutlich, einfach ein besseres Leben von der Wiedervereinigung. Erschreckend war aber die Präsenz von organisierten Nazis aus BRD und DDR. Diese konnten praktisch ungehindert ihr Material verteilen. Einer alten Frau, die REP-Flugblätter zerriß, drohten Demonstranten Prügel an. Der kleine Block von rund 500 Linken, in der großen Mehrzahl unabhängige Jugendliche, wurde aus der Montagsdemo heraus übelst beschimpft. Die Toleranz, mit der solchen Angriffen im allgemeinen begegnet wurde, war erschrekkend. Wenn Rufe wie "SED vergasen" aufkommen, hat das nichts mehr mit berechtigtem Haß auf das alte System zu tun. Es ist Antikommunismus, der sich bei vielen nicht nur gegen die SED-PDS, sondern auch und gerade gegen oppositionelle Linke, die teilweise selber von der Stasi verfolgt wurden, richtet.

Auf dem Podium der Abendveranstaltung der VL zum Thema Rechtsextremismus saßen zwei Dozenten von der Leipziger Uni, der Leiter des Kiepenhauer-Verlags (SED-PDS-Mitglied) und ein Vertreter des hannoverschen "*UnterstützerInnenkreises für die linke Opposition in der DDR*". Die folgende, insgesamt sehr offene Debatte, an der sich die rund 150 Gäste aus dem Publikum rege beteiligten, war interessant und spiegelte viele Diskussionen, die heute in der BRD geführt werden, wider. Auffällig war, daß gerade die Podiumsteilnehmer aus der DDR einen eher "unpolitischen" Ansatz vertraten und Verständnis für rechte Jugendliche zeigten. Das Thema Rassismus fand allerdings wenig Anklang und wurde eher von TeilnehmerInnen aus der BRD diskutiert.

Die Aktionswoche wurde von rund 30 Gästen aus Hannover besucht, die über den "*UnterstützerInnenkreis für die linke Opposition in der DDR*" auf das Projekt aufmerksam geworden waren.

Diese Gruppe sucht Kontakt zu linksoppositionellen Gruppen in der DDR, um eine gemeinsame Diskussion und Zusammenarbeit aufzubauen.

Kontaktadresse: Cornelia Habisch, Harenbergerstr. 21, 3000 Hannover 1.

Cornelia Habisch und Sascha Möbius

"Der Nazitrick der SED?"

So titelte "Bild", nachdem 250 000 Menschen am sowjetischen Ehrenmal in Treptow gegen Rechtsradikalismus in der DDR demonstriert hatten. In den Medien wurde ein Entrüstungssturm entfacht. Es gäbe nur einige "rechte Spinner", so die veröffentlichte Meinung, die SED wolle über ihre Antifakampagne nur den Wahlkampf zu ihren Gunsten entscheiden und die "Uhren wieder zurückdrehen".

Warum der Schreck der bürgerlichen Kräfte in diesem unserem Land in die Knochen gefahren ist, läßt sich leicht erklären. Nicht etwa, daß sie Angst vor einer erneuten Einschränkung der Demokratie in der DDR haben. Schließlich arbeiten dieselben Herrschaften heute schon wieder mit "*dem großen Staatsmann*" Deng Xiao Ping zusammen, der die Pekinger Kommune im Blut ersticken ließ. Nein - die Demonstration in Treptow verdeutlichte, daß es in der DDR trotz 40 Jahren Stalinismus immer noch ein linkes Potential gibt, das von der SED nicht unbedingt begeistert ist. Die politische Vielfalt der Treptower DemonstrantInnen zeigt sich auch daran, daß auf der Kundgebung die verschiedensten Gruppen sprechen konnten, obwohl die Organisation der Demonstration von der SED-PDS übernommen worden war. Daß so viele Menschen in der DDR sich gegen Neofaschismus mobilisieren, muß auch AntifaschistInnen in der BRD Mut machen. Es bleibt die Frage, wie es in der DDR mit neofaschistischen Tendenzen zur Zeit steht, woher sie kommen und wie die antifaschistischen Kräfte auf sie antworten können.

Faschismus im antifaschistischen Staat

Auch wenn heute Nazigruppen aus der BRD in die DDR reisen, und die "*Republikaner*" schon eifrig ihre Filialen aufbauen - es gab schon vor dem 7. Oktober Nazis in der DDR. Diese beschränkten sich beileibe nicht auf die eher kleine Skinhead-Szene, die sich weitgehend auf Berlin konzentrierte. So flog zum Beispiel in Wolgast eine elfköpfige faschistische Gruppe auf, der "*angesehene Bürger*" der Stadt angehörten. Viele Nazis gingen in den Repressionsapparat und besonders zur Elitetruppe der Fallschirmjäger (DDR-Jargon "*Fallis*"). Die Dunkelziffer von vernetzten oder organisierten Nazis vor dem Oktober 1989 wird auf etwa 4000 geschätzt. Für diese erschreckend hohe Zahl gibt es mehrere Gründe:

* Trotz des verbalen Antifaschismus der SED-Führung wurden von den Behörden Nazis häufig milde behandelt oder stießen zum Beispiel bei der Polizei auf unverhohlene Sympathie. Erst Ende 1987, als Skins in Ostberlin zu offensichtlich randaliert und nicht nur linke Jugendliche, sondern auch "*normale*" Mitbürger verprügelt hatten, gab es Haftstrafen von bis zu vier Jahren.

* Die Aufarbeitung des Faschismus war auch in der DDR mangelhaft. Verbal wurde die Antifa hochgehalten. Wenn sich aber Jugendliche selbst gegen Neonazis organisierten (wie 1987 in der Anti-Nazi-Liga), die Ende desselben Jahres staatlicherseits, zerschlagen wurde) konnten sie bestenfalls mit Mißtrauen, schlimmstenfalls mit Repressionen rechnen.

* Auch in der DDR wurde Konsum gepredigt, linke Perspektiven wurden nicht vermittelt, sondern diskreditiert. Eigeninitiativen von Jugendlichen wurden eingedämmt, faschistisches Gehabe als extremste Opposition gegen den vermeintlich "*linken*" Staat gesehen. Das soll nichts verharmlosen, aber viele, die so angefangen haben, sind "*echte*" Nazis geworden.

* Rassismus ist ein Tabuthema. Offiziell gab es ihn in der DDR nie. Aber zum Beispiel gegen Polen wurde auch von Seiten der Staatsführung schon 1980/81 gute Vorarbeit für rassistische Ressentiments geleistet, als sie die Bevölkerung über antipolnische Kampagnen gegenüber Solidarnosc zu immunisieren versuchte.

Rechtstendenzen und Wiedervereinigungs-euphorie

Vor dem Hintergrund des immer lauter werdenden Rufs nach (Wieder)-Vereinigung stellt sich die Frage, welchen Anteil rechtsextremistische Gruppen an dem nationalen Taumel in der DDR haben. Natürlich sind nicht alle, die heute nach der deutschen Einheit rufen, Nazis oder Rechtsextremisten. Der größte Teil

von ihnen hat nach der Öffnung der Grenzen die Schokoladenseite des Westens kennengelernt und hofft nun, durch eine schnelle (Wieder)-Vereinigung quasi über Nacht den selben Lebensstandard zu bekommen. Allerdings sind immer weniger Menschen auf der Montagsdemonstration für linke Alternativen ansprechbar. Stattdessen greift eine regelrechte Pogromstimmung gegen SEP-PDS-Mitglieder und andere Linke um sich, die mehr mit plumpem Antikommunismus als mit berechtigter Wut auf stalinistische Bürokraten zu tun hat. Auffällig ist auch, daß militantes Auftreten von Nazis mittlerweile von vielen auf der Montagsdemo toleriert wird. Es gibt also bei der Masse der DemonstrantInnen zumindest eine ausgeprägte Disposition für rechte Sicht- und Verhaltensweisen.
Hochinteressant für die Diskussion im Westen ist, daß die REP dort wesentlich militanter vorgehen als in der BRD. Mitglieder der SED-PDS oder auch antistalinistischer linker Gruppen, wie der Initiative für eine vereinigte Linke, werden teilweise tätlich angegriffen und massiv beschimpft. Dies verbinden sie mit geschickten rechtspopulistischen Parolen, die rassistische Phrasen vermeiden und voll auf die deutsche Einheit setzen.
Es ist abzusehen, daß viele, die sich in den Hoffnungen auf eine schnelle (Wieder-)Vereinigung getäuscht sehen, in die BRD auswandern werden. Andere werden sich mit Sicherheit weiter nach rechts radikalisieren. Allerdings wird die Zukunft auch zeigen, inwiefern herrschende Kreise in der Bundesrepublik auf militante Rechte in der DDR setzen, um die Linke dort zu zerschlagen und so perspektivisch den Weg für eine (Wieder-)Vereinigung unter kapitalistischem Vorzeichen zu ebnen.

An den Rechten Rand:

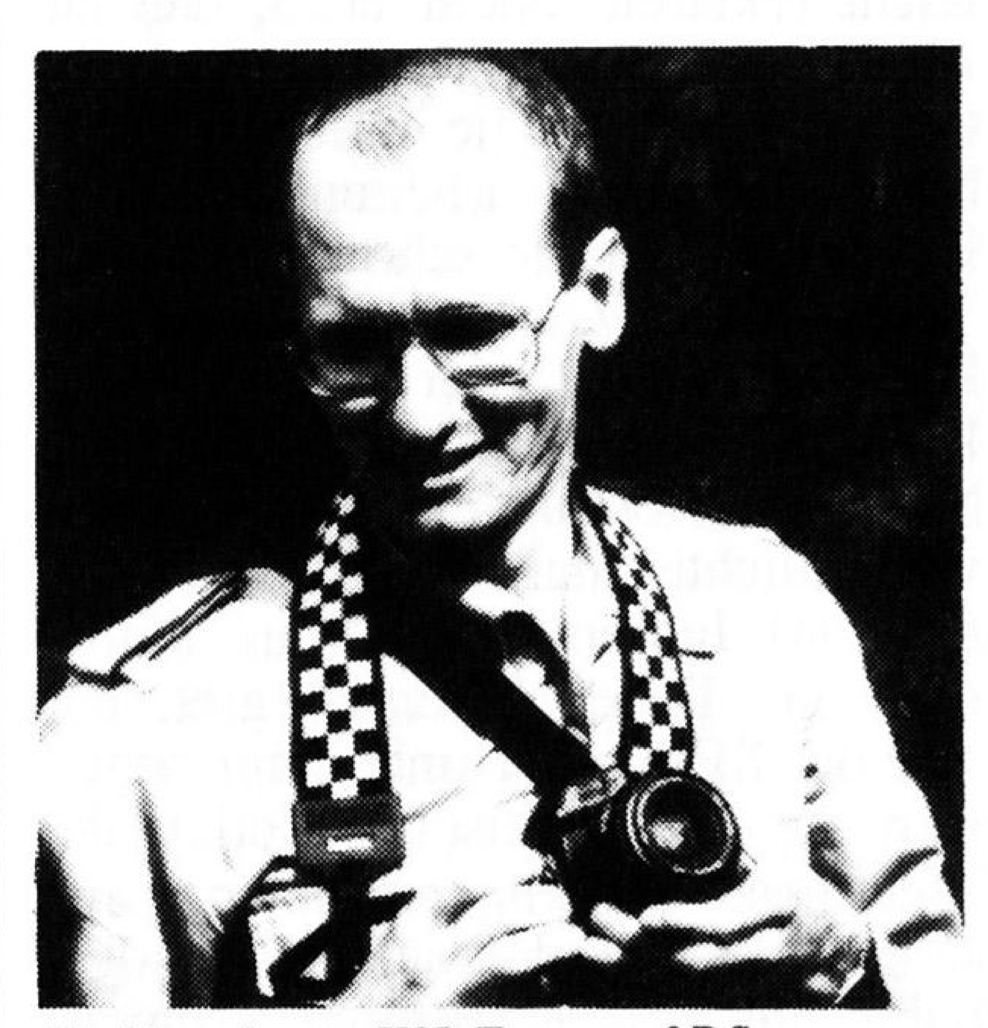
"Hiermit bitte ich um ein Exemplar des "Rechten Rand", um mich über die braune Soße, die aus dem Gully quillt, zu informieren und sie rechtzeitig mit einer antifaschistischen Handpumpe abzusaugen und zu entsorgen. Weiterhin wäre es auch nett, wenn ich einige Poster und Plaketten zur antifaschistischen Buntmachung unserer Stadt erhalten könnte. Denn sollte der Schicklhuber Schönhuber mit seiner braunen Unkultur unsere Stadt posterisieren, muß ich gleich ein anderes Plakat hindrüberkleben. Viel Freude 1990 - wenig/ gar nichts braunes!"

Frank Eberhardt, Neues Forum Stendal.

Kathy Seewald

Wiking-Jugend: Aufmarsch in der Rhön

Seit über 20 Jahren trifft sich die Wiking-Jugend (WJ) zu ihrem "Mahnfeuer" und Winterlager in der Nähe von Fulda. 1979 protestierte erstmals die Bevölkerung gegen den jährlichen Aufmarsch der Neonazis. Seit 1985 wird das Treffen regelmäßig vom CDU-Landrat Kramer verboten. Trotzdem versuchen sich die Rechtsradikalen immer wieder an Silvester in der Rhön zusammen zu rotten.



Uniformierter WJ-Fotograf Pfingsten 1989 in Hetendorf

Obwohl in diesem Jahr ihre Losung *"Weg mit der Schandmauer"* nicht mehr aktuell war - schließlich gibt es inzwischen in der Nähe von Fulda mehrere Grenzübergänge und die *"Mauer"* ist löcherig wie ein Schweizer Käse - wollten sie sich nicht davon abhalten lassen, ihre rechtsradikalen Parolen in Hilders/Rhön zu verbreiten. Geplant war von ihrer Seite eine Nachtwanderung mit Fakkeln und Taschenlampen in die DDR. Schon im Vorfeld verbot der Landrat die nicht angemeldete Demonstration. Durch ein massives Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz wurde diesem Verbot auch Nachdruck verliehen. Bereits bei ersten Vorkontrollen am Silvestermorgen setzte die Polizei etliche Wiking-Jugend-Leute fest und stellte Schußwaffen und Messer sicher.

Um 19.00 Uhr versuchten die übriggebliebenen *"Wikinger"* in Dippach, einem kleinen Ort direkt an der Grenze einen Fackelzug in die DDR zu veranstalten, auch dieses scheiterte durch das Eingreifen der Polizei. Ein Neonazi entlockte einer Fanfare noch einen eher zitternden Ton - dann war der Spuk beendet.

Das Aktionskomitee *"Nie wieder Faschismus"* - ein Zusammenschluß von zahlreichen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, organisiert seit 10 Jahren kontinuierlich Demonstrationen und Aktionen gegen das Auftreten der Neofaschisten. Diesmal hatten wir vorher keinerlei Hinweise auf ein erneutes Erscheinen der WJ. Erst zwei Tage vor Silvester wurde durch die Presse bekannt, daß die Neonazis sich wieder in der Rhön treffen wollten und ihre Provokationen auf das Gebiet der DDR auszudehnen versuchten.

Trotz der sehr kurzen Vorbereitungszeit trafen sich rund 100 Menschen am Silvesterabend in Hilders/Rhön (von dort wollte die WJ losmarschieren). Das Aktionskomitee veranstaltete eine Kundgebung, bei der ein Sprecher der Autonomen, der Kreisvorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten und ein Gewerkschaftssekretär redeten. Uns ging es bei der Aktion vor allen Dingen darum, zu zeigen, daß sich Neonazis auch in Zeiten politischer Veränderungen nicht zusammenrotten können.

Wir sind uns durchaus der Unzulänglichkeiten solcher Aktionsformen bewußt und wissen, daß es nicht ausreicht zu fordern *"Nazis raus"*. Trotzdem bleibt natürlich diese Aktionsform auch in Zukunft ein Teil unserer Arbeit.

Daß die Aktivitäten der Wiking-Jugend seit Jahren konsequent vom CDU-Landrat verboten wird, liegt mit daran, daß wir seit zehn Jahren Druck auf die politisch Verantwortlichen ausgeübt haben und trotz der schwierigen Bedingungen (an Silvester) immer wieder Aktionen und Veranstaltungen gegen Neonazis organisierten. Dieses Jahr haben wir unsere Aktivitäten im Vorfeld auch auf die DDR ausgedehnt. Wir hatten sowohl Gespräche mit den DDR-Grenzern, als auch mit dem politisch Verantwortlichen des angrenzenden Landkreises in der DDR.



Ralf Tegethoff (1. von links) beim Silvester-Aufmarsch der Wiking-Jugend

Maria Hempel und Andres Garcia

Der Gauführer

Ralf Tegethoff ist 26 Jahre alt und leitet seit Jahren die "Wiking-Jugend" (WJ), die größte und bestorganisierte neofaschistische Jugendorganisation in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis. Seit 1984 ist er zudem Mitglied der militanten "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), in der er mittlerweile die Funktionen des "Gauführers Mittelrhein" ausübt. Immer wieder mußte sich muß Tegethoff wegen faschistischer Aktivitäten vor Gericht verantworten, zuletzt im November 1989, als es gleich um drei Fälle ging, bei denen ihm eine leitende Funktion vorgeworfen wird.

Fall 1: Am 7. Juni 1987 gab es einen nächtlichen Aufmarsch auf dem Bonner Friedensplatz, bei dem Neonazis das *"Horst-Wessel-Lied"* sangen und Hetzparolen wie *"Juda verrecke"* und *"Wenn das Judenblut vom Messer springt, das deutsche Herz im Leibe singt"* skandierten.

Fall 2: Nur neun Tage später, am 16. Juni, störten die Neofaschisten eine Veranstaltung der *"Jungen Union"* vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Sie stürmten im Laufschritt mit gestrecktem rechten Arm in die Menge und brüllten *"Deutschland erwache - Rotfront verrecke"*.

Fall 3: Am 14.November 1987 marschierte eine uniformierte Gruppe von Neonazis mit Trommel und Ruhnenfahne durch Königswinter-Ittenbach und legte an der Kriegsgräberstätte einen Kranz der FAP nieder. Auf dem Rückweg wurde die Melodie des nach dem Hamburger Zuhälter und SA-Schläger benannten *"Horst-Wessel-Liedes"* gesungen.

Vor Gericht gab Tegethoff zu, an den Vorfällen am 16. Juni und 14. November 1987 beteiligt gewesen zu sein. Er stritt jedoch ab, auch am 7. Juni auf dem Bonner Friedensplatz aufmarschiert zu sein. Tegethoff will an diesem Tag beim bundesweiten Pfingstlager der WJ in Hetendorf bei Celle teilgenommen haben und bot gleich eine ganze Reihe von Zeugen auf, die dieses Alibi bestätigen sollten.

Das Gericht entschied schließlich im Zweifel für den Angeklagten und sprach Tegethoff zumindest von einer Beteiligung am Aufmarsch auf dem Friedensplatz frei.

Aufschlußreich ist dennoch die Liste seiner Alibi-Zeugen, die sich wie ein kleines *"Who's Who"* der bundesrepublikanischen Neonaziszene liest. Sie ist eine weiterer Beleg für die Funktion Ralf Tegethoffs und seine bundesweiten Verstrickungen, die auch nach Niedersachsen reichen.

So sagte FAP-Generalsekretär **Jürgen Mosler** (34) vor Gericht aus, er kenne Tegethoff seit 1984; er sei sein Ansprechpartner für den Bereich Mittelrhein. Die *"Kameradschaft"* um Jürgen Mosler ist Teil eines bundesweit organisierten Neonazinetzes, die aus zwei miteinander kooperierenden Teilen besteht. Ein Flügel gruppiert sich um **Michael Kühnen**, der andere um Jürgen Mosler. Dieser sich auch *"die Bewegung"* nennende Aktivistenkreis setzt sich zu großen Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der 1982 verbotenen *"Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit"* (VSBD/PdA) und der 1983 verbotenen *"Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten"* (ANS/NA) zusammen.

Tegethoff und seine WJ/FAP-Kameraden in Bonn und Umgebung gehören zum Mosler-Flügel und sind an die in Nordrhein-Westfalen aktive Hintergrundorganisation *"Komitee Adolf Hitler"* (KAH) angegliedert. 1984 ging ein Befehl des *"Bereichsleiters West"* (Mosler) an die nach dem Verbot sich *"Neue Front-Leserkreise"* nennenden Untergliederungen der ANS/NA zur Gründung von FAP-Ortsgruppen. Im Zuge der engen Zusammenarbeit zwischen ANS/NA und WJ wurde im selben Jahr in Sankt Augustin die erste Ortsgruppe von Mitgliedern der WJ-Sankt-Augustin (**Stefan Niemann**, **Ulrich Henn** und andere) gegründet. 1984 war auch das Jahr, in dem sich der Straßenterror der Neonazis in Bonn und Umgebung öffentlich manisfestierte. Der brutale Kaiserplatz-Überfall im September 1984 war vorläufiger Höhepunkt des *"Kampfes um die Straße"*. Die Staatsanwaltschaft verzeichnet seit 1985 einen starken Anstieg an Ermittlungen gegen Neonazis. Nach langen Jahren des Schweigens und Dementierens räumte der Polizeipräsident auf einer Pressekonferenz im Juni 1989 ein, daß 1988 vom 14ten Kommissariat im Bonner Raum 136 Straftaten im rechtsextremistischen Bereich bearbeitet worden seinen. Davon habe man 45 aufgeklärt. Auf das gesamte Jahr umgerechnet wurde damit an jedem dritten Tag von Rechtsextremisten eine Straftat begangen.

Zu dem Prozeß gegen Tegethoff waren auch **Sabine** und **Volker Heidel** aus Hannover angereist, beide Mitglieder von WJ und FAP. Sabine Heidel sagte aus, Tegethoff 1985 bei einem Schlesiertreffen in Hannover kennengelernt zu haben. Ihr Ehemann Volker ist auch Schriftleiter der neofaschistischen *"Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene und deren Angehörige"* (HNG) und bei Schlägereien in der vordersten Reihe anzutreffen.

Neben den Heidels waren vor Gericht eine ganze Reihe weitere, zum Teil erheblich vorbestrafte Neonazis von FAP und WJ erschienen, darunter auch **Siegfried Borchard** (35) aus Dortmund, FAP-Bundespropagandaleiter und stellvertretender Vorsitzender der FAP in NRW und wegen des Überfalls auf dem Kaiserplatz zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Als Zuschauer erschienen unter anderem **Volker**

Jaschke (WJ/FAP) und **Erhard Kemper** (Ex-Stellvertretender Landesvorsitzender der FAP Münster).
Andere Zeugen - insgesamt fünf - wollen Tegethoff doch am 7. Juni 1987 auf dem Bonner Friedensplatz gesehen haben. So auch **Stefan Niederhöfer** (21), Ex-Aktivist der FAP und zuletzt Kandidat der Republikaner bei den Bonner Kommunalwahlen. Niederhöfer war im vergangenen Jahr verurteilt worden, weil er sich ebenfalls an dem Aufmarsch am 7. Juni 1987 in Bonn beteiligt hatte.
Verurteilt wurde Tegethoff am Ende wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen: Bei den Aktionen an der DDR-Vertretung in Bonn und in Königswinter Ittenbach habe er eindeutig zu den Anführern gezählt, befanden die Richter. Die Geldstrafe in Höhe von 4.500 Mark dürfte dem Industriekaufmann aus einer Unternehmerfamilie allerdings kaum wehtun. Auf jeden Fall wird sie ihn wohl nicht davon abhalten, sich auch weiterhin an neofaschistischen Aktivitäten zu beteiligen. Nach wie vor scheint Tegethoff Drahtzieher zahlreicher Aktionen in Bonn und Umgebung zu sein. Vor allem seit dem Ende des Prozesses geht der Straßenterror von rechts munter weiter. Am 18. November 1989 suchten etwa 20 Neonazis eine Fete im *"Cafenion"* in Röttgen heim. Ein Jugendlicher wurde krankenhausreif geschlagen; mehrer Zeugen erkannten Tegethoff unter den Schlägern.

Petitionsausschuß: FAP-Verbot prüfen!

Mit insgesamt 82 Petitionen, die das Verbot der neonazistischen FAP fordern, beschäftigte sich im Dezember 1989 der Petitionsausschuß des Bundestages. In einer Erklärung heißt es: *"Der Petitionsausschuß betrachtet ... rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die militanten und strafrechtlich relevanten Handlungen der FAP und anderer neonazistischer Organisationen mit großer Besorgnis, auch wenn die Zahl der FAP-Mitglieder gering ist und die Wahlergebnisse die Bedeutungslosigkeit der FAP wiederspiegeln."*
Der Petitionsausschuß vertritt die Auffassung, daß es sich bei der FAP unzweifelhaft um eine verfassungsfeindliche Partei handele und ihr Verbot zu rechtfertigen sei. Dem Bundesinnenminister wird empfohlen, *"die Zweckmäßigkeit eines Verbotsantrages zu prüfen"*.

Hein Brand

»Rechts« Sprechung für NPD-Funktionäre

Freispruch für NPD-Mann, der einen Demonstranten angefahren hatte. Szenen einer Verhandlung vorm Amtsgericht in Northeim.

Daß **Fritz Ulrich Bundt**, NPD-Landesvorstandsmitglied aus Stade, wieder einmal glimpflich davonkommen würde, war den meisten Prozeßbeobachtern schon nach wenigen Minuten Dauer klar. Die Hauptperson erschien zu spät, in seinem Gefolge Anwalt Behr und Ehefrau Dagmar. Das Gericht in Northeim unter Richter Menge zeigte Verständnis: der weite Anfahrtweg. Der Angeklagte, mit modischem Kurzhaarschnitt und elegantem grauen Anzug, nahm Platz, und der Blick des Richters ruhte mit Wohlgefallen auf ihm. Doch dann traf dieser Blick den Nebenkläger und wandelte sich in Unglauben, Staunen und Ärger. Eine wilde Mähne in bunter Pracht, ein durchlöchertes Hemd, über der Hose getragen und eine ganz und gar »undeutsche« Art des Sitzens erregten das Mißfallen des Vorsitzenden. Wie gesagt: seit diesem Zeitpunkt war der Ausgang des Prozesses voraussehbar.

Für den Angeklagten war es nicht sein erster Prozeß. Doch vor Gericht erschien er unbescholten, denn seine Schlägertätigkeit Ende der siebziger Jahre (Überfälle auf AntifaschistInnen in Stade am 8.5.75, Lüneburg 11.9.76, Göttingen 11.2.78, Hamburg 23.9.78, Verden 2.12.78 usw.) ist inzwischen verjährt. Schon damals stand ihm hilfreich Anwalt Behr zur Seite, der 1971 Leiter des Arbeitskreises Rechtspflege beim Parteivorstand der NPD war und 1974 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD werden wollte. Ähnlich exponiert ist Fritz Ulrich Bundt selbst in der NPD: er war JN-Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender, war stellvertretender der NPD-Landesvorsitzender und gehört gegenwärtig sowohl dem Landes- als auch dem Parteivorstand an.

Doch nicht seine politische Tätigkeit wurde vor dem Amtsgericht Northeim verhandelt. Die Sachlage war banaler: Bundt war wieder einmal in seine alten Verhaltensweisen zurückgefallen. Als er beim NPD-Landesparteitag am 2./3. April 1989 in Northeim von einer Kette Demonstranten vor dem Tagungslokal aufgehalten wurde, hatte er zwar kurz gestoppt, dann jedoch Gas gegeben und sich seinen Weg durch Demonstranten und Polizisten gebahnt. Ein Demonstrant, der Nebenkläger, flog über die Kühlerhaube und verletzte sich am Knie, andere konnten sich noch knapp in Sicherheit bringen. So lautete denn die Anklage auf Körperverletzung und gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr.

Insgesamt acht Demonstrationsteilnehmer sagten als Zeugen aus, wobei die Aussagen im Kern übereinstimmten. Eine Überraschung war dann ein Polizeiobermeister aus Braunschweig, der völlig andere Dinge gesehen haben wollte. Er wurde als einziger Zeuge vereidigt. Kommentar eines Zuschauers:» Der, meint bestimmt eine andere Demo.« Ähnliches wie dieser Zeuge meinte auch Dagmar Bundt, Bundesgeschäftsführerin der JN gesehen zu haben. Gar nichts gesehen hatte der NPD-Ordner Piller. Als letzter Zeuge sagte der damalige Einsatzleiter der Polizei aus. Als er die Aussagen der Demonstrationsteilnehmer voll bestätigte, sogar entgegen sonstigen Gepflogenheiten dem Braunschweiger Bereitschaftspolizisten widersprach, schien der Prozeß gelaufen. Dieser Eindruck verstärkte sich, trotz der verzweifelten Bemühungen Richter Menges Entlastungspunkte für den Angeklagten zu finden, nach dem mehrfachen Betrachten des Videobandes, das der Dokumentationstrupp der Polizei damals aufgenommen hatte. Deutlich war zu erkennen: der Wagen war entgegen anderslautender Behauptungen nie eingekreist, hätte also zurücksetzen können. Bundt fuhr nicht langsam und vorsichtig an, wie behauptet, vielmehr heulte der Motor eindrucksvoll auf. Keine Bedrohung durch Demonstranten war erkennbar. Auf Haltesignale der Polizei hatte er nicht reagiert.

Umso erstaunter waren die Anwesenden bei der Verkündung des Urteils. Hatte der Staatsanwalt in Würdigung der Fakten in Übereinstimmung mit dem Nebenklagevertreter 90 Tagessätze à 50 DM gefordert, so sah Richter Menge keinen Grund zur Verurteilung. Er erfand, so einer der Zuschauer, die »Faktenfreie Rechtsprechung« und mochte keinen Grund zur Verurteilung von Bundt finden. Meinte der Staatsanwalt, nur glücklichen Umständen sei es zuzuschreiben, daß die Verhandlung trotz des rücksichtslosen Verhaltens des Angeklagten nicht vor einem Schwurgericht stattfinden müsse, so urteilte Richter Menge, der Angeklagte habe sich bedroht gefühlt und angemessen reagiert. Der Nebenkläger sei nicht verletzt worden. Das Kopfschütteln war (fast) allgemein und die Ankündigung des Staatsanwaltes, in die Berufung zu gehen, wurde mit Beifall aufgenommen. Der verletzte Nebenkläger jedoch verstand die Welt nicht mehr.

Rechts von der Union

Für die Einladung Prof. **Wolfgang Seifferts** für ein Forum *"Hat der Sozialismus in Europa eine Chance?"* mußten sich die JungsozialistInnen Weser-Ems heftige Kritik gefallen lassen. Seifferts politische Vergangenheit disqualifiziere ihn, so die Antifa-Kommission der Auricher Jusos, zum Thema Sozialismus in der SPD zu sprechen.

Professor Wolfgang Seiffert, ehemaliger Berater der SED, heute Dozent an der Universität Kiel, war nämlich 1983 beteiligt an der Gründung des *"Deutschlandrates"*, einer konservativen Sammlungsgruppe rechts von der Union. In diesem Gremium trafen sich führende Vertreter der Neuen Rechten, die in den Folgejahren erfolgreich an einer Annäherung konservativer und neofaschistischer Ideologie arbeiteten. An der Gründung waren u.a. **Armin Mohler**, die Professoren **Hellmut Diwald**, **Bernard Willms**, **Robert Hepp** und der Journalist **Franz Schönhuber** beteiligt.

In der ersten Erklärung hieß es: *"Wir können weder außenpolitisch noch innenpolitisch dauernd in einem Ausnahmezustand leben. Wir wollen wieder eine normale Nation sein. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein."*

Mit dem Hinweis auf fast gleichlautende Formulierungen im Programm der REP werden die Jusos Weser-Ems aufgefordert, Seiffert unverzüglich auszuladen.

"Völlig verfehlte Polizeistrategie!"

In seiner Ausgabe Nr.4, Dezember 1989 berichtete DER RECHTE RAND über den Tod der Göttinger Antifaschistin Cornelia Wessmann. In einem offenen Brief hat *"Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten"* ihre Betroffenheit, aber auch ihre Bestürzung über gewalttätige Auseinandersetzungen am 25. November 1989 in Göttingen geäußert.

Denn diese würden dazu beitragen, *"daß die Beziehung zur Meinungsfreiheit im Sinne der Versammlungsfreiheit bei vielen Bürgern gebrochen ist und dadurch einer Entsolidarisierung zusätzlich Vorschub geleistet wird."*

"Aber" - so die Arbeitsgemeinschaft - *"die Verurteilung von Gewalt entbindet uns nicht aus der Verantwortung, darüber nachzudenken, welches die Ursachen für Gewalt waren und sind."*

Die kritischen PolizistInnen sehen Cornelia Wessmann als *"Opfer einer Eskalation der Gewalt, ausgehend von neofaschistischen Gruppen und Skinheads und einer völlig verfehlten Polizeistrategie und -taktik"*.

Verharmlosung und Unterbewertung des starken Anstiegs neofaschistischer Aktivitäten - wie zum Beispiel im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht - hätten bei vielen BürgerInnen das Vertrauen in staatliche Maßnahmen erschüttert. *"Die Betroffenen glauben sich schutzlos und wehren sich"*. Kritik äußert die Arbeitsgemeinschaft an den politisch Verantwortlichen, die *"die Opfer der rechtsextremistischen Provokationen und Überfälle in vielen Fällen zu Tätern gemacht"* hätten. Feindbilder bei der Polizei würden von politischer Seite manifestiert, wenn zum Beispiel *"der CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann auf einem Kongreß vor Polizeibeamten, Gewalt nur im Zusammenhang mit Autonomen thematisiert und auch fordert, das Jugendzentrum 'Juzi' zu schließen."*

Die Arbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen fordert die restlose Aufklärung der Göttinger Ereignisse, die Absetzung des umstrittenen Polizeichefs Will und die Auflösung der ZSK Göttingen. Dringend notwendig seien u.a. Veränderungen bei der Polizeiausbildung, eine Entmilitarisierung der Dienstvorschriften, die Einrichtung einer unabhängigen Polizeikontrollbehörde und die Einführung von Namensschildern.

"*MUT*"-Veröffentlichung: Rappe schweigt

Der SPD-Ortsverein Hannover-Oststadt hatte die Veröffentlichung eines Redetextes des SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe in der rechtsradikalen Zeitschrift *"MUT"* kritisiert und Rappe in einem offenen Brief um Aufklärung gebeten (siehe DER RECHTE RAND Nr.4).

Antwort kam von der Presseabteilung der IG Chemie-Papier-Keramik, die darauf hinwies, daß die Rede Rappes in einem Gewerkschaftspressedienst veröffentlicht wurde und damit *"den Agenturen und Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen zur freien Auswertung zur freien Verfügung"* stehe. Von einer Veröffentlichung in *"MUT"* sei vorher nichts bekannt gewesen.

Eine Antwort mit gleichem Tenor kam auch vom DGB Kreis Hildesheim-Alfeld. Die SPD-Bundesgeschäftsstelle verwies auf das Schreiben der IG Chemie und geht davon aus, daß damit die notwendige Klarstellung erfolgt sei.

Hermann Rappe selbst - ansonsten mit Verlautbarungen und Gegendarstellungen schnell bei der Hand - fühlt sich durch die *"MUT"*-Veröffentlichung offenbar nicht herausgefordert und ließ bisher nichts von sich hören. Selbst ein geharnischter Leserbrief in der örtlichen Presse lockte ihn nicht aus der Reserve.

Frage: Sollte der SPD-Bundestagskandidat Hermann Rappe für bevorstehende Wahlkämpfe auf Stimmen aus dem ultrakonservativen Lager spekulieren?

Neonazis in Hetendorf

Schon seit Ende der 70er Jahre zählt Hetendorf bei Celle zu den Neozazi-Zentren in Niedersachsen. Der *"Freundeskreis Filmkunst"* Nachfolgeorganisation des verbotenen *"Bundes Nationaler Studenten"* und die rassistische *"Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"* (GbA) dess Hamburger Rechtsanwalts **Jürgen Rieger** nutzten das Haus Nr. 13 in Hetendorf und stellten es der neonazistischen Wiking-Jugend und Nationalistischen Front für Zelt- und Ausbildungslager zur Verfügung.

Als jetzt ein Gutshaus (Nr. 47) in dem Ort zur Versteigerung anstand, bot die GbA 312 000 Mark (!) für das 8000 Quadratmeter große Objekt und erhielt vorerst den Zuschlag.

Erschreckte Bewohner des Dorfes befürchteten daraufhin eine *"Umzinglung"* durch die Neonazis und wandten sich mit einer Unterschriftensammlung an die Bayerische Handelsbank, die die Versteigerung erwirkt hatte, mit der Bitte den Hausverkauf zu verhindern. Die hat mittlerweile reagiert und das Verfahren bis zum 25. April 1990 ausgesetzt, um neue Gebote einzuholen.

Katholischer Theologe vor völkischer Sekte

Der als Progressist bekannt gewordene katholische Theologe **Hans Küng**, Professor für ökumenische Theologie in Tübingen, wird auf dem 27. Weltkongreß der *"Internationalen Assoziation für religiöse Freiheit"* (iarf) in Hamburg einen Festvortrag halten. Der Kongreß wird maßgeblich mitvorbereitet von der Sekte *"Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft"*, die nach einem Urteil des Berliner Landgerichts vom 23. Januar 1990 als *"völkisch-rassistisch"* und *"nazistische Tarnorganisation"* bezeichnet werden kann.

MELDUNGEN

Antifaschistische Konferenz ruft zu gemeinsamen Aktionen auf

Auf der ersten antifaschistische Konferenz Niedersachsen am 20./21. Januar 1990, zu der 32 Antifa-Initiativen, Organisationen und Parteien aufgerufen hatten, wurden Perspektiven der weiteren antifaschistischen Aktivitäten in Niedersachsen diskutiert und vereinbart.

In ihrem Einleitungsreferat beschäftigte sich Margret Feit vor rund 130 TeilnehmerInnen mit den verschiedenen Konzepten der Faschismusanalyse innerhalb der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik Sie favorisierte dabei einen marxistischen Ansatz, der den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus herausarbeitet.
In insgesamt neun Arbeitsgruppen wurde neofaschistische Politik analysiert und antifaschistische Strategien diskutiert. Die Arbeitsgruppenmaterialien sowie das Einleitungsreferat sollen zu einem Reader zusammengefaßt werden und können ab März gegen Kostenerstattung bezogen werden.
Nachstehend dokumentieren wir die Abschlußerklärung der Konferenz:

Gemeinsam gegen Neofaschismus, Rassismus und Sexismus!
Um die Erfolge faschistischer, rassistischer, sexistischer und nationalistischer Politik und die Erfolge der faschistischen Organisationen zum Stoppen zu bringen, wenden wir uns gegen jede gesellschaftliche Aus- und Abgrenzung und rufen alle demokratischen, antifaschistischen Kräfte in Niedersachsen nicht nur anläßlich der Landtagswahlen am 13. Mai 1990 auf, Maßnahmen zu einer gesellschaftlichen Ächtung neofaschistischer Politik zu ergreifen.
1. Organisationen wie DVU, REP, NPD, FAP dürfen von den Kreis- und Landeswahlausschüssen gemäß Artikel 139 Grundgesetz nicht zu den Wahlen zugelassen werden,
- Städte und Gemeinden dürfen neofaschistischen Parteien keine Räume, Plätze und Werbeflächen zur Verfügung stellen,
- die Parteien sind auf Landes- und Kommunalebene aufgefordert, gegen eine Zusammenarbeit mit diesen Organisationen öffentlich aufzutreten,
All dies wird nur erreicht werden durch die notwendige antifaschistische Arbeit außerhalb und innerhalb der Parlamente. Wir werden jeder faschistischen, rassistischen, sexistischen und nationalistischen Propaganda öffentlich entgegentreten.
2. Für einen wirksamen und konsequenten Antifaschismus fordern wir die bewußte Auseinandersetzung mit

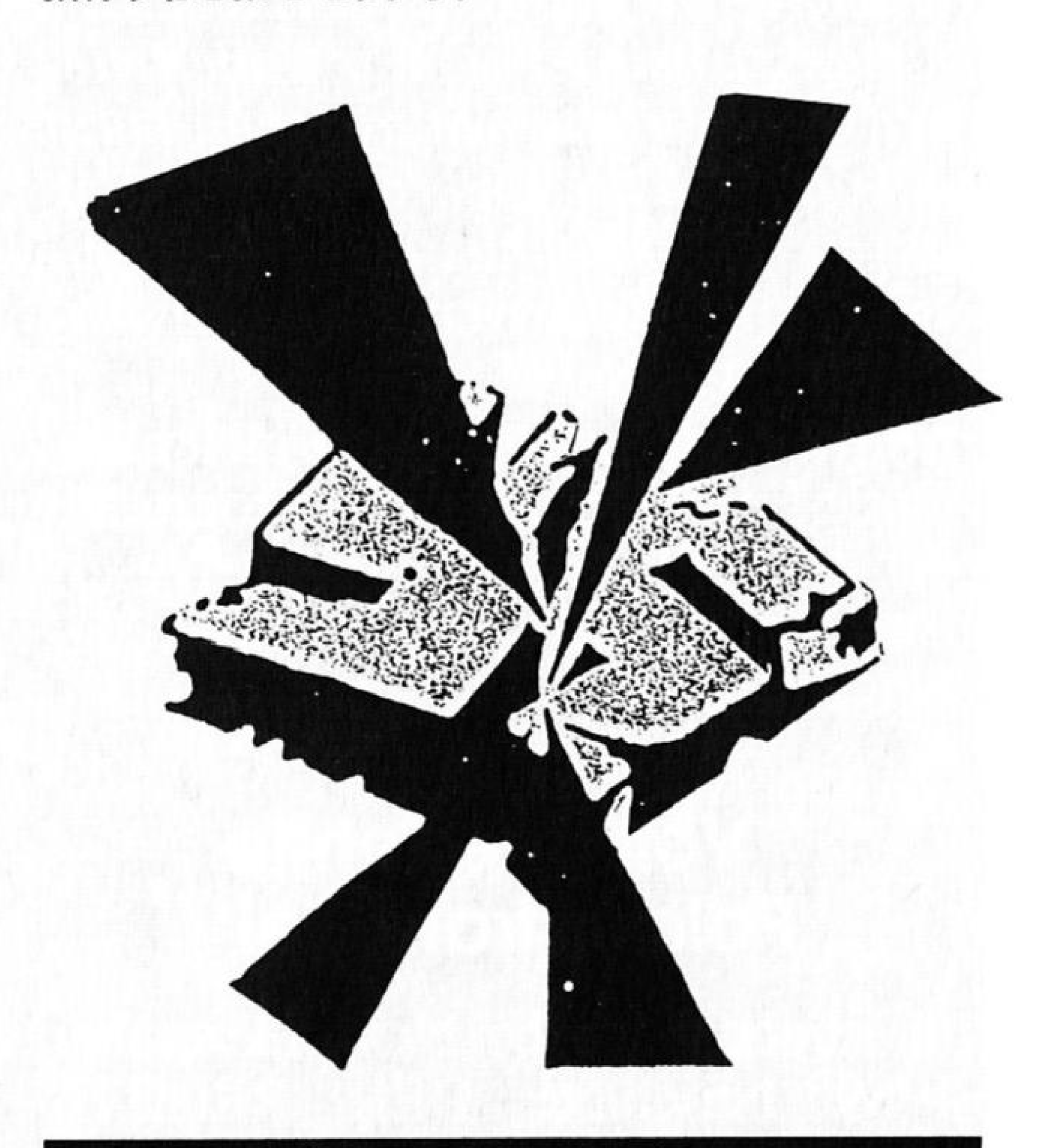


Rassismus und Sexismus in allen Lebensbereichen, um die Zuspitzung, die diese Problematik im Neofaschismus lediglich erfährt, die Grundlage zu entziehen.
Darunter verstehen wir:
- gleiche Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen, die Beseitigung aller diskriminierenden Gesetze und Verordnungen, daß uneingeschränkte AusländerInnenwahlrecht,
- das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Frauen, die Abschaffung des § 218, die kritische Diskussion über Gen- und Reproduktionstechnologien, vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen aus dem deutschen Faschismus, insbesondere in antifaschistischen Zusammenhängen zu führen.
3. Für die unmißverständliche Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen durch die BRD. Völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Für soziale, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, gegen jede Einmischung von außen.
4. Für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, die Absicherung sozialer Mindeststandards (z.B. Löhne, Renten, Sozialhilfe), ein bedarfsdeckendes Wohnungsbauprogramm bei billigen Mieten und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der zunehmenden Armut und Verelendung.

Wir rufen auf:
- den Antirassismus-Tag der UNO am 21.3.1990 für Veranstaltungen und Aktionen zu nutzen,
- vom 1. bis 8. Mai 1990 eine antifaschistische Aktionswoche vor den Landtagswahlen durchzuführen.

Wir fordern die Bevölkerung Niedersachsens auf:
- alle Aktivitäten für das AusländerInnenwahlrecht zu unterstützen,- und bei den Kreis- und Landeswahlausschüssen gegen eine Wahlzulassung neofaschistischer Parteien zu protestieren.
Keine Stimme für faschistische Parteien!

Wir werden eine weitere antifaschistische Konferenz für Niedersachsen durchführen und in der Zwischenzeit die Koordination auf Landesebene verbessern durch zweimonatliche Treffen, zu denen Initiativen, Organisationen, Parteien und Personen eingeladen sind. Das erste Treffen ist am 9.März 1990.



Arbeitspapiere gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ein neues, von Manfred Struck verfaßtes Arbeitspapier unter dem Titel *"Soziale Vorurteile in unserer Gesellschaft - Argumente gegen Fremdenfeindlichkeit"* veröffentlicht.
Das Arbeitspapier enthält ausführliche Informationen über das Problem AusländerInnen- und Fremdenfeindlichkeit sowie über die Probleme der AusländerInnen und AussiedlerInnen in der Bundesrepublik.
Erhältlich bei der Abteilung Politische Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung gegen einen Kostenbeitrag von 7,- Mark.

Martin Dietzsch

Antifaschistisches Colloqium des DISS

Am 8./9. Dezember 1989 trafen sich rund 40 TeilnehmerInnen zum ersten antifaschistischen Colloqium des Duisburger Instituts für Sprach - und Sozialforschung (DISS), das in Kooperation mit der VVN-BdA NRW durchgeführt wurde. Anders als bei Konferenzen und Kongressen mit ähnlicher Themenstellung, die an ständiger inhaltlicher Wiederholung kranken, wurden hier noch unveröffentlichte Forschungsergebnisse präsentiert und im überschaubaren Kreis diskutiert.

Nach einleitenden Thesen von Siegfried Jäger zur Entwicklung des Rechtsextremismus in den letzten Monaten, stellte Hartmut Meyer seine Analyse der jüngsten Wahlergebnisse vor. Er kritisierte die gängigen Erklärungsmuster für die neofaschistischen Wahlerfolge, insbesondere die Protestwählerthese und thematisierte ausführlich die Konsequenzen für antifaschistische Gegenstrategien.

Birgit Rother, Beate Jansen und Margret Jäger legten erste Arbeitsergebnisse zur Frage vor, ob es ein spezifisch rechtsextremes Frauenbild gibt und wie es sich von dem des Konservatismus unterscheidet. In der Diskussion wurde davor gewarnt, aus dem Bild der "*Republikaner*" als Männerpartei zu schließen, Frauen seien gegenüber neofaschistischem Gedankengut gefeit.

Irmgard Pinn informierte über rassistische Kontinuitäten der "*Neuen Rechten*". Für viele TeilnehmerInnen überraschend war, wie weit rassistisches Gedankengut in den "*seriösen*" Fachwissenschaften verbreitet ist. Irmgard Pinn betonte, daß die Funktion des Rassismus immer darin besteht, soziale Interessen und Gegensätze zu biologisieren.

Helmut Kellershohn legte eine erste Analyse des neuen Programmentwurfs der "Republikaner" vor. Diskutiert wurde insbesondere Kellershohns These von der Quasi-Religiösität des REP-Weltbildes.

Raimund Hetey nannte sein Referat "*Wanderer zwischen Welten*". Sein Thema waren die breiter und immer verschwommener werdenden Grauzonen zwischen dem Neofaschismus und dem etablierten politischen Spektrum, insbesondere der Linken. Das Problem der trennscharfen Abgrenzung zwischen "*normaler*" bürgerlicher Ideologie und Faschismus und die von Adorno und Brecht eingeforderte Analyse des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus zog sich wie ein roter Faden durch alle Diskussionsrunden.

Peter Kratz begründete ausführlich seine These der ideologischen Übereinstimmung des "*New Age*" und der Ideologie des Faschismus (Chamberlain, Rosenberg). In der Diskussion wurde u.a. betont, man müsse von der rein ideologischen zu einer politischen Analyse des Neofaschismus kommen.

Das DISS plant, die wissenschaftlichen Colloquien zum Neofaschismus zu einer festen Institution werden zu lassen.

Das erste Colloquium soll in Form von Tonbandmitschnitten (pro 90-Minuten-Cassette 15,-DM, bitte Liste gegen Rückporto anfordern) und in Form eines Readers ausgewertet werden.

Bestellungen an: DISS, Realschulstr.51, 41 Duisburg, Tel 0203/ 20249

Informationszentrum gegründet

Am 17. Januar 1990 ist im Haus des DGB-Landesbezirks NRW in Düsseldorf das Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V. (IDA) gegründet worden. IDA soll ein Dienstleistungszentrum für und von den Mitgliedsverbänden innerhalb des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR), des Ringes Politischer Jugend (RPJ), der Deutschen Sportjugend (dsj) und des Vereins "*Mach meinen Kumpel nicht an - Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus*" werden. Darüber hinaus wird IDA auch anderen interessierten Gruppen und Organisationen zur Verfügung stehen.

c/o Redaktion 'ran, Tersteegenstr. 77, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 0211/ 4350304

PROJEKTE UND INITIATIVEN

Regina Hennig

Mit den Augen der Opfer

Ein antifaschistischer Stadtführer durch das andere Hannover lenkt den Blick auf eine vergessene Geschichte.

Es gibt mittlerweile eine ganze Menge an Literatur zur hannoverschen Stadtgeschichte, auch Wegweiser mit Vorschlägen für Rundgänge und historischer Stadterkundung liegen vor.

Dennoch hat dieser von dem Freizeit- und Bildungszentrum Weiße Rose, Mühlenberg, herausgegebene Stadtführer eine besondere Bedeutung: Er stellt das ANDERE HANNOVER in den Mittelpunkt, das Hannover zur Zeit des Nationalsozialismus. Zu dieser Thematik existieren bereits eine Reihe von lokalhistorischen Forschungsarbeiten, die alle sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Nationalsozialismus - das war nicht nur Feldherrnhalle und Reichskanzlei, Stalingrad und Auschwitz, sondern nicht zuletzt auch Alltag. Das war die schleichende Faschisierung des Lebens, wachsender Terror und Bespitzelung, aber auch Widerstand im kleinen, indem sich Menschen dem Regime entzogen oder gegen die braune Barbarei zur Wehr setzten.

Auf diese Tatsache bauen die Antifaschistischen Stadtrundfahrten und der vorliegende Wegweiser auf. Es geht nicht um die Entdeckung malerischer Fleckchen, wie sie Touristen allzugerne besichtigen. Es geht um einen neuen Blickwinkel: die bekannte Umgebung soll mit anderen Augen, mit den Augen der Verfolgten und Opfer, betrachtet werden. Geschichte konkret, vor Ort, tritt hervor hinter unscheinbaren Häuserfassaden, Straßennamen und Gedenktafeln.

Die Konzeption ist unter der Zielsetzung erarbeitet worden, exemplarisch Formen und Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen. Auf der Grundlage der vorhandenen Literatur werden 20 Stationen aufgeführt, die jeweils unterschiedliche Themenbereiche ansprechen und behandeln.

So beispielsweise die verschiedenen Abwehrversuche der Arbeiterschaft am Ende der Weimarer Republik, der einsetzende Straßenterror von SA und SS sowie schließlich die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung mit der Besetzung des Gewerkschaftshauses.

Es finden kulturelle Aspekte Erwähnung, z.B. bei der Auflösung der Weltlichen Schulen oder bei der Darstellung des unter der Parole "Entartete Kunst" organisierten Kunstraubs im Landesmuseum.

Anhand der Sozialistischen Front und der Kommunistischen Partei werden exemplarisch die Möglichkeiten und Grenzen des Arbeiterwiderstandes aufgezeigt.

Die Mitarbeit von HistorikerInnen aus dem Forschungsprojekt über den hannoverschen Widerstand ermöglichte es, Themenbereiche zu berücksichtigen, die bisher für Hannover noch weitgehend unerforscht waren. So konnte die zwischen Bekenntnis und Loyalität schwankende Haltung der evangelischen Kirchenführung ebenso thematisiert werden wie das Schicksal von als Nazigegner bekannten Pfarrern einer katholischen Gemeinde in Linden.

Bisher unbekannt ist auch die Situation von Jugendlichen, die sich dem Drill von Hitler-Jugend und Schule so gut es ging entzogen und sich eher für Jazz-Musik, Swing und Amusement im Georgspalast begeisterten.

Nicht zuletzt finden historisch bedeutsame Stätten Berücksichtigung, die die grausame Normalität des Regimes besonders drastisch vor Augen führen: die Gedenkmauer zur Erinnerung an die sogenannte Reichskristallnacht; die Israelistische Gartenbauschule in Ahlem; das Ehrenmal am Maschsee und das Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers Stöcken.

Die Texte und Bilder wie auch Literaturhinweise und Kontaktadressen am Ende jeder Station sind Anhaltspunkte zum Weiterlesen und Weiterforschen. Der Stadtführer ist also nicht abgeschlossen, kein "museales" Werk für den Bücherschrank, sondern eine Aufforderung zur weiteren Auseinandersetzung. Er liefert auch keine vorgeschriebenen Rundgänge oder Rundfahrten, sondern bietet Anregung und Hilfe, je nach Interesse und Möglichkeit selbst aktiv zu werden und eigene Rundgänge herauszuarbeiten.

Mit anderen Worten: Die Arbeit ist mit dieser Veröffentlichung nicht etwa abgeschlossen, sondern fängt erst an. Es bleibt zu wünschen, daß die verschiedenen Bildungseinrichtungen, Schulen, Freizeitheime, Jugendzentren etc. in diesem Sinne damit arbeiten.

Bestellungen an: Freizeit- und Bildungszentrum Weiße Rose, Mühlenberger Marktplatz 1, 3000 Hannover 91, Tel. 168-9613; Preis: 5,-DM

Lesetip

Schönhuber in der Nationalelf:

Halbrechts, rechtsaußen oder im Abseits?

Seit Anfang 1989 haben wir es in den Medien mit einer recht kuriosen Debatte zu tun: Mit dem Einzug der Schönhuber-Partei in den Berliner Senat setzte die Diskussion darüber ein, wie diese Partei innerhalb des politischen SPektrums bzw. der politischen Topik einzuordnen sei. Sicherlich ist diese Partei "rechts" - aber ist sie "rechtsextrem", "rechtsextremistisch" bzw. "rechtsradikal" - oder aber "rechtskonservativ" bzw. "nationalkonservativ"?

Jürgen Link beschäftigt sich zunächst mit der Funktionsweise der symbolischen Topik links-rechts in der Bundesrepublik generell und arbeitet heraus, daß diese Topik in der BRD auf eine in der Welt nahezu einmalige Art funktioniert: jedes für eine bestimmte Partei vorgeschlagene "Etikett" impliziert eine quasi auszurechnende Position auf einer kontinuierlichen horizontalen Achse, die sich zwischem linkem und rechtem Terrorismus ausdehnt. In der Bundesrepublik erweist sich die politische Topik als eine "symbolische Gleichgewichtswaage": Die politische Mitte ist das symbolische Zentrum, um das herum alle politischen Strömungen auf einer kontinuierlichen Achse kodiert werden. Dabei fungiert die "Mitte" dieser symbolischen politischen Topik als "Durchschnitt", d.h. als Norm.

Mit dem Auftauchen der Grünen und mit ihrer symbolischen Eingliederung links von der SPD ergaben sich auf diesem Hintergrund für das System ernsthafte "Gleichgewichts"-Probleme. Link geht der Hypothese nach, nach der der Durchbruch der neorassistischen Schönhuberpartei sich zumindest teilweise als Symmetrieeffekt innerhalb der "symbolischen Gleichgewichtungswaage" erklären läßt.

Dadurch steht die westdeutsche Hegemonie allerdings wiederum vor einer schwierigen Wahl: Ist die Schönhuberpartei innerhalb oder außerhalb der Normalität zu kodieren? Jürgen Link beschäftigt sich aber auch mit den Fragestellungen, die sich für AntifaschistInnen daraus ergeben.

(44 Seiten, 4,50 Mark + Versandkosten, erhältlich beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 41 Duisburg, Tel. 0203/ 20249)